



Thomas Fritz

ALBA contra ALCA

**Die Bolivarianische Alternative für die
Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler
Integration in Lateinamerika**

FDCL

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

Thomas Fritz

ALBA contra ALCA

Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL
Berlin, Januar 2007

ISBN 13: 978-3-923020-34-8

ISBN 10: 3-923020-34-1

Impressum

© FDCL, Berlin, Januar 2007

Forschungs- und Dokumentationszentrum

Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

Gneisenastr. 2a

10961 Berlin

Tel: 030/693 40 29

Fax: 030/692 65 90

Email: info@fdcl.org

Internet: www.fdcl.org

Inhalt

1. EINFÜHRUNG	4
2. LATEINAMERIKANISCHE INTEGRATION IM UMBRUCH	5
2.1. ALBA: DIE VENEZOLANISCHE ANTWORT	6
2.2. CSN: DIE BRASILIANISCHE ANTWORT	7
2.3. SKEPSIS: DIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ANTWORT	8
2.4. FREIHANDELSVERTRÄGE: DIE EURO-AMERIKANISCHE ANTWORT	9
3. ALBA: DIE BOLIVARIANISCHE ALTERNATIVE	11
3.1. BOLIVARIANISCHES DREIERBÜNDNIS	12
3.1.1. <i>Venezolanisch-kubanische Kooperation</i>	12
3.1.2. <i>Beitritt Boliviens: ein ‚Handelsvertrag der Völker‘</i>	13
3.1.3. <i>Rücksicht auf Asymmetrie</i>	14
3.2. ALLIANZEN VON STAATSUNTERNEHMEN	15
3.3. VERHÄLTNIS ZU SOZIALEN BEWEGUNGEN	16
3.3.1. <i>Anspruch Partizipation</i>	17
4. IM FOKUS: ENERGETISCHE INTEGRATION	19
4.1. NATIONALISIERUNG IN VENEZUELA	19
4.2. DIE RÜCKKEHR DES STAATES	20
4.3. PETROAMÉRICA: EINE LATEINAMERIKANISCHE VISION	21
4.3.1. <i>Petrocaribe</i>	22
4.3.2. <i>Mehr als präferenzzieller Ölhandel</i>	23
4.3.3. <i>Gemeinsamer Ausbau der Infrastruktur</i>	24
4.3.4. <i>Petrosur</i>	25
4.3.5. <i>Petroandina</i>	25
4.4. GRAN GASODUCTO DEL SUR: UMSTRITTENES MEGAPROJEKT	26
4.4.1. <i>Zweifel an der Machbarkeit</i>	27
4.4.2. <i>Bolivien als Verlierer</i>	27
4.4.3. <i>Unklare Finanzierung</i>	28
4.4.4. <i>Proteste von Nichtregierungsorganisationen</i>	29
4.5. ENERGIE: EIN GEEIGNETES INTEGRATIONSVEHIKEL?	30
4.5.1. <i>Ausstrahlung des Nationalisierungskurses</i>	30
4.5.2. <i>Wachsender Einfluss Venezuelas</i>	31
4.5.3. <i>Bruch mit den ALBA-Prinzipien</i>	31
4.5.4. <i>Defizit: Demokratisierung der Staatsbetriebe</i>	32
5. FAZIT: FORTSCHRITTE UND WIDERSPRÜCHE	33
5.1. ZWISCHEN SOLIDARITÄT UND FREIHANDEL	33
5.2. ZWISCHEN AUTONOMIE UND SCHULDENDIENST	34
5.3. DIE DEMOKRATISCHE HERAUSFORDERUNG	35
6. LITERATUR	36
7. ANHANG	38

Abkürzungsverzeichnis

ACEC	Acuerdo de Cooperación Energética de Caracas
AKP	Gruppe von 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
ALBA	Alternativa Bolivariana para las Américas
ALCA	Area de Libre Comercio de las Américas
ASC	Alianza Social Continental
CAFTA	Central American Free Trade Area
CAN	Comunidad Andina de Naciones
CARICOM	Caribbean Common Market
CSN	Comunidad Sudamericana de Naciones
EMPRESUR	Empresas Recuperadas del Sur
ENARSA	Energía Argentina Sociedad Anónima
IBCE	Instituto Boliviano de Comercio Exterior
IEH	Iniciativa Energética Hemisférica
IIRSA	Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana
ILDIS	Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales
IWF	Internationaler Währungsfonds
LNG	Liquid Natural Gas
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
MNER	Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas
NAFTA	North American Free Trade Agreement
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
PDVSA	Petróleos de Venezuela Sociedad Anónima
PEMEX	Petróleos Mexicanos
PIT-CNT	Plenario Intersindical de Trabajadores-Convención Nacional de Trabajadores
TCP	Tratado de Comercio de los Pueblos
UNT	Unión Nacional de Trabajadores
WTO	World Trade Organization
YPF	Yacimientos Petrolíferos Fiscales
YPFB	Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos

1. Einführung

Die integrationspolitische Landschaft in Lateinamerika befindet sich in einem tiefen Umbruch. Mit der vorläufigen Absage an die panamerikanische Freihandelszone ALCA (Area de Libre Comercio de las Américas), und damit an ein neoliberales Wettbewerbsprojekt unter Führung der USA, erfährt die Diskussion über die lateinamerikanische Integration einen bemerkenswerten Aufschwung. Angereichert wird sie durch konkrete Initiativen linker Regierungen, die auf solidarische statt wettbewerbliche Beziehungen setzen. Die deutlichste Abkehr vom neoliberalen Dogma vollziehen die von Venezuela initiierte ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas) und das von Bolivien eingebrachte Konzept alternativer Handelsverträge TCP (Tratado de Comercio de los Pueblos).

Unter dem Dach von ALBA entwickelte die venezolanische Regierung nicht nur eine ambitionierte Vision solidarischer lateinamerikanischer Integration, sondern brachte zugleich zahlreiche zwischenstaatliche Kooperationen auf den Weg, vor allem im Energiesektor. Den deutlichsten Ausdruck fanden diese Aktivitäten bisher in dem Abkommen über präferenzielle Öllieferungen Petrocaribe und dem Kooperationsvertrag zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien ALBA-TCP. Darüber hinaus integrierte Venezuela weitere Länder über Gemeinschaftsprojekte in seine „Bolivarianische Alternative für die Amerikas“.

Dieser Ansatz weckt auf dem gesamten Subkontinent reges Interesse. Er stellt eine wertvolle Bereicherung für die neu aufgeflamnte lateinamerikanische Integrationsdebatte dar. Denn er vermittelt

einen Eindruck über die Handlungsspielräume von Regierungen, die ernsthaft versuchen, praktische Schritte raus aus der neoliberalen Sackgasse zu unternehmen. Wie jedes realpolitische Transformationsprojekt sieht sich aber auch ALBA Widersprüchen ausgesetzt, die immer wieder zu Konflikten mit den eigenen Ansprüchen führen. Zugleich lassen sich zahlreiche Errungenschaften verbuchen, die den Anspruch einer sozialen und solidarischen Integration überzeugend mit Leben füllen.

In der folgenden Auseinandersetzung mit ALBA sollen beide Aspekte berücksichtigt werden. Fortschritte und Widersprüche dieses alternativen Integrationsansatzes werden anhand der zentralen ALBA-Initiativen analysiert. Im Mittelpunkt stehen die Verträge zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien sowie die energiepolitischen Initiativen. Gerade der energetischen Integration messen die ALBA-Protagonisten eine überaus hohe Bedeutung bei, weswegen Anspruch und Wirklichkeit der Bolivarianischen Alternative nicht zuletzt auf diesem Gebiet zu untersuchen sind.

Das Interesse an diesen neuen Integrationsansätzen beschränkt sich aber nicht auf Lateinamerika. Auch in Europa beginnt langsam eine intensivere Auseinandersetzung mit ALBA, TCP und weiteren Alternativen. Diese Ideen fallen auf dem alten Kontinent derzeit auf besonders fruchtbaren Boden. Denn nach dem vorläufig gescheiterten Verfassungsvertrag entwickeln fortschrittliche Bewegungen in der Europäischen Union ebenfalls Modelle einer sozialen, auf internationalen Ausgleich bedachten Integration. Die lateinamerikanischen Ansätze können insofern auch die europäische Diskussion befruchten.

2. Lateinamerikanische Integration im Umbruch

Auf dem Amerika-Gipfel Ende 2005 im argentinischen Mar del Plata versagte ein wichtiger Teil südamerikanischer Staaten den USA die Gefolgschaft. Vor allem die Regierungen Argentiniens, Brasiliens und Venezuelas verweigerten sich einer Wiederaufnahme der festgefahrenen ALCA-Verhandlungen. Seither liegt dieses zentrale Projekt der US-Regierung auf Eis.

Diesem Erfolg ging eine breit angelegte Kampagne sozialer Bewegungen voraus. Seit dem offiziellen Beginn der ALCA-Verhandlungen im Jahr 1994 gelang es vor allem dem Netzwerk der Alianza Social Continental (ASC), den Widerstand gegen die Freihandelszone zugleich zu verbreitern und zu bündeln. Der Gipfel von Mar del Plata markiert insofern einen wichtigen Wendepunkt in der jüngeren lateinamerikanischen Politik. Die Alianza Social Continental sieht den Beginn einer „neuen Etappe“. Waren ihre Aktionen bisher eher defensiv auf die ALCA-Abwehr konzentriert, können erst jetzt wieder eigene Integrationsmodelle entwickelt und die bestehenden Ansätze einer kritischen Revision unterzogen werden.¹

Dabei sind die beiden regionalen Wirtschaftsblöcke Südamerikas – die Andengemeinschaft CAN und der MERCOSUR – erheblich in Bewegung geraten. Auch daran sind die USA nicht unbeteiligt. Vor allem die Andengemeinschaft sieht sich aufgrund schwerwiegender politischer Differenzen einem Erosionsprozess ausgesetzt. Ihr gehören Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien und bis vor kurzem noch

Venezuela an. Nachdem Kolumbien und Peru jedoch die Unterzeichnung bilateraler Freihandelsverträge mit den USA vereinbarten, erklärte Venezuela im April 2006 seinen Austritt. Die bilateralen Verträge gelten als Antwort der USA auf die ALCA-Blockade; de facto wirken sie als Sprengsatz für existierende regionale Blöcke. Der argentinische Ökonom Claudio Katz spricht von einer nordamerikanischen Strategie der „kommerziellen Balkanisierung“.²

Venezuela indes wurde kurz nach seinem CAN-Austritt offiziell die Vollmitgliedschaft im MERCOSUR zuerkannt. Diese Freihandelszone wurde 1991 von Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay gegründet. Auch Bolivien, das bereits assoziiertes MERCOSUR-Mitglied ist, strebt die Vollmitgliedschaft an. Ebenso bekundete der frisch gewählte linke Präsident Ekuadors, Rafael Correa, das Interesse am MERCOSUR-Beitritt.

Trotz der Hinwendung zum MERCOSUR blieb aber auch dieser Block durch innere Konflikte gezeichnet. Anlässe für Auseinandersetzungen bieten die Dominanz des wirtschaftlichen Schwergewichts Brasilien, die erhebliche Konkurrenz zwischen Argentinien und Brasilien sowie die Marginalisierung der beiden kleineren Mitgliedstaaten Uruguay und Paraguay. Letztere drohten kürzlich gar damit, ebenfalls mit den USA bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen. Der aktuelle Streit zwischen Uruguay und Argentinien um den Bau einer umweltbelastenden Zellulosefabrik in Uruguay liefert nur ein weiteres

¹ Alianza Social Continental, 'Algunos Puntos para el Debate sobre Integración Regional', Documento de Trabajo, 10. August 2006.

² Claudio Katz, 'El torbelino de la integración', 25. Juli 2006, www.cadtm.org

Beispiel für die mangelhaften internen Konfliktlösungskapazitäten des MERCOSUR.

2.1. ALBA: die venezolanische Antwort

Parallel zum MERCOSUR-Beitritt initiierte Venezuela mit ALBA ein Integrationsprojekt, das gänzlich anderen Prinzipien folgt als die Andengemeinschaft und der MERCOSUR. Letztere setzten auf das seit Ende der 1980er Jahre dominierende Konzept des nach außen hin offenen, exportorientierten Regionalismus. Staatliche Protektion der nationalen Wirtschaft, wie sie noch in der Ära der importsubstituierenden Entwicklung praktiziert wurde, kam im „offenen Regionalismus“ unter die Räder. Das Exportmodell erforderte den Abbau der Zollschränken, um notwendige Vorprodukte günstig einführen zu können. Die regionale Integration diene seither vornehmlich als Zwischenschritt zur Weltmarktintegration. Sie versprach Kostensenkungen durch den Abbau der Handelschranken und durch Mengen- und Spezialisierungseffekte in der exportorientierten Produktion. Statt der regionalen Binnennachfrage rückte die Befriedigung der Weltmarktnachfrage ins Zentrum. Der Staat zog sich weitgehend aus der Wirtschaftstätigkeit zurück. An seine Stelle traten Privatinitiative und Marktregulierung.

Während der mit den Anforderungen der Welthandelsorganisation WTO konforme offene Regionalismus die Liberalisierung sämtlicher Wirtschaftssektoren sowie die „Reziprozität“ der Markttöffnung unter den beteiligten Ländern verlangt, setzt der ALBA-Vorschlag dem die „Kooperation“,

„Komplementarität“ und „Solidarität“ entgegen. Das unterschiedliche Entwicklungsniveau, die jeweiligen Stärken und Schwächen der beteiligten Volkswirtschaften sowie deren spezifische Schutzinteressen werden berücksichtigt. Vorrang genießen Kooperationsprojekte zum beiderseitigen Vorteil, bevorzugt zwischen Staatsunternehmen. Hinzu kommen devisenschonende Kompensationsgeschäfte. Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung avancieren zu zentralen Zielen von ALBA.

ALBA stellt aber nicht nur eine Vision solidarischer lateinamerikanischer Integration dar, sondern realisiert sich auch in konkreten Kooperationsverträgen. Nachdem zunächst Venezuela und Kuba im Dezember 2004 untereinander den ALBA-Vertrag unterzeichneten, folgte im April 2006 Boliviens Beitritt. Nächster möglicher Beitrittskandidat ist Ecuador, dessen neuer Präsident Rafael Correa darüber bereits erste Gespräche führte.

Neben dieser Kerngruppe unterzeichnete Venezuela im Juni 2005 mit 13 weiteren Ländern den Vertrag zur energetischen Kooperation „Petrocaribe“. Die beteiligten Karibikstaaten verpflichten sich zur Koordination ihrer Energiepolitik, während Venezuela Erdöl zu präferenziellen Konditionen liefert. Unübersehbar dient der Ölreichtum des Landes als wichtiges Schmiermittel der Integration. Über bilaterale Kooperationen versucht Venezuela schließlich, weitere Länder wie Argentinien, Brasilien und Uruguay einzubinden.

Der ALBA-Vorschlag ist insofern nicht nur als realpolitische Alternative zur US-dominierten Freihandelszone ALCA konzipiert, sondern auch als Kritik an den bestehenden Wirtschaftsblöcken MERCOSUR und CAN zu verstehen. Der MERCOSUR-Beitritt Venezuelas verweist aber

darauf, dass die venezolanische Regierung offenbar selbst nicht an eine rasche Erweiterung ALBAs auf dem gesamten Subkontinent glaubt. Vielmehr scheint ALBA eher als eine Art Referenzprojekt zu dienen.

Dessen Prinzipien in den MERCOSUR einzubringen, gab der venezolanische Präsident Hugo Chávez als eines seiner Ziele an. Im Vorfeld der venezolanischen Vollmitgliedschaft forderte er wiederholt, der Block müsse künftig der sozialen Entwicklung Priorität einräumen. Seine Grundlage sollten „Solidarität, Kooperation und Komplementarität“ sein, „nicht der wirtschaftliche Wettbewerb“.³ Inwieweit Chávez selbst eine solche Entwicklung als realistisch erachtet, sei dahingestellt. Die regionale Ausstrahlung erscheint jedoch als eine wesentliche Funktion von ALBA.

2.2. CSN: die brasilianische Antwort

Zeitgleich mit der ALBA-Gründung hoben die 12 Staatshäupter Südamerikas bei ihrem dritten Gipfel im peruanischen Cusco im Dezember 2004 mit der Südamerikanischen Staatengemeinschaft einen neuen politischen Verbund aus der Taufe. Mit Ausnahme Französisch-Guyanas gehören der „Comunidad Sudamericana de Naciones“ CSN sämtliche Staaten Südamerikas an. Diese Initiative geht noch auf die brasilianische Regierung unter Fernando Henrique Cardoso zurück, die bereits mit dem ersten Südamerika-Gipfel im Jahr

2000 das Ziel verfolgte, die Konvergenz der bestehenden Handelsverbünde CAN und MERCOSUR voranzutreiben und die Wettbewerbsfähigkeit durch gemeinsame Infrastrukturprojekte zu verbessern. Unter der Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva trat das Interesse hinzu, ein südamerikanisches Gegengewicht zu den USA und deren ALCA-Projekt zu schaffen. Diesem Motiv ist es womöglich geschuldet, dass die Gründungserklärung der Staatengemeinschaft sich zumindest rhetorisch von der neoliberalen Freihandelsdogmatik abhebt. Ausgehend von gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit räumen die CSN-Mitglieder ein, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung „sich nicht auf Politiken des Wirtschaftswachstums reduzieren lassen kann“. Vielmehr müsse sie „die Asymmetrien zwischen den Ländern“ anerkennen und „eine gerechtere Einkommensverteilung, den Zugang zu Bildung, die Kohäsion und soziale Inklusion sowie den Schutz der Umwelt“ sicherstellen.⁴

Pathetisch heißt es ferner, dass die Regierungschefs mit der Gründung der Staatengemeinschaft dem Beispiel der Vorkämpfer für die Einheit des „großen amerikanischen Vaterlands“, Bolívar, Sucre und San Martín, folgen.

Allerdings schlossen die Mitglieder der Staatengemeinschaft keinen Vertrag untereinander, sondern beschränkten sich auf verschiedene Deklarationen. Trotz dieser geringen Verbindlichkeit gewinnt die CSN jedoch durch das gemeinsame Infrastrukturprogramm erheblich an Substanz. Bereits bei ihrem ersten Südameri-

³ ‘Presidente Chávez: Mercosur debe priorizar la agenda social’, Ministerio de Estado para la Integración y el Comercio Exterior, Pressemitteilung, Caracas, 20.4.2006.

⁴ Declaración del Cusco sobre la Comunidad Sudamericana de Naciones, III Cumbre Presidencial Sudamericana, Cusco, 8. Dezember 2004.

ka-Gipfel im Jahr 2000 verständigten sich die Regierungen auf die regionale Infrastrukturinitiative IIRSA (Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana). Diese sieht umfangreiche Investitionen in die grenzüberschreitende Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur vor.

Nichtregierungsorganisationen kritisieren allerdings, dass ein Großteil der IIRSA-Projekte keineswegs der wohlklingenden Cusco-Erklärung entspricht. Zwar sind die Länder der Region wegen mangelnder Verbindungswege untereinander tatsächlich stark isoliert, den IIRSA-Vorhaben liege jedoch häufig die Logik einer „Wirtschaft der Häfen“ zugrunde. Sie zielten unverändert auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Kontinents zugunsten transnationaler Konzerne ab. Der Unterschied sei, dass diese konventionellen Großprojekte nun als Element einer selbstbestimmten regionalen Integration dargestellt würden.⁵

Auch inkorporiere die Südamerikanische Staatengemeinschaft lediglich die freihändlerischen Normen von MERCOSUR und CAN, die sie zusammenführen und perfektionieren, nicht aber in Richtung einer sozialen Alternative überwinden wolle.⁶

⁵ Siehe 'Otra Integración es Posible y Está en Marcha: La Iniciativa de los Gobiernos y las Instituciones Financieras Internacionales para la Integración de la Infraestructura Regional de Sudamérica (IIRSA). Una Crítica Preliminar por la Perspectiva de la Sociedad Civil'. Bank Information Center, Coalición Rios Vivos, Núcleo Amigos de la Tierra-Brasil, Juni 2004.

⁶ Judith Valencia, '¿Comunidad suramericana no puede ser un camino al ALCA!'. In: America Latina en movimiento, Nummer 414-415, Jg. 30, 4. Dezember 2006, Integración: Nuevas rutas, S. 5-7.

2.3. Skepsis: die zivilgesellschaftliche Antwort

Die Kritik der Nichtregierungsorganisationen verweist auf die Skepsis, die den bisherigen Integrationsinitiativen von zivilgesellschaftlicher Seite entgegengebracht wird. Der venezolanische Soziologe Edgardo Lander etwa warnt vor der „lateinamerikanistischen Rhetorik“. Der Umstand, dass die Integration als latein- oder südamerikanisch daherkomme, garantiere noch keinen Nutzen für die breite Masse der Bevölkerung. Hierfür seien vielmehr die Modelle der einzelnen Zusammenschlüsse ausschlaggebend: „Wer treibt sie voran? Warum? Für wen? Welchen Interessen und Werten entsprechen sie?“⁷

Von der Beantwortung dieser Fragen hänge es ab, ob die Vereinigungsbestrebungen die bestehenden Dominanzverhältnisse stärken oder Breschen für ihre Überwindung schlagen. Solange die nationalen Politiken soziale Spaltung akzeptieren und transnationale Kapitalinteressen privilegieren, werde auch die Integration daran nichts ändern. Das Ausbremsen von ALCA habe schließlich auch etwas damit zu tun, dass Argentinien und Brasilien in den Verhandlungen mit den USA nicht genug Zugeständnisse für das exportorientierte Agrobusiness rausschlagen konnten.

In diesem Sinne betrachtet es der mexikanische Wissenschaftler und Aktivist Alberto Arroyo auch nicht als Aufgabe der sozialen Bewegungen, „zwischen den Vorschlägen der fortschrittlichen Regierungen des Mercosur, Venezuelas oder

⁷ Edgardo Lander, '¿Modelos alternativos de integración? Proyectos neoliberales y resistencias populares'. In: OSAL, Jg. V, Nummer 15, September/Oktober 2004, S. 45-56.

Bolivians zu wählen“. Vielmehr bestehe die Herausforderung darin, eigene Integrationsmodelle in die Diskussion zu bringen.

Dazu müssten die sozialen Bewegungen unter allen Umständen „ihre Autonomie gegenüber jeder Regierung“ bewahren, „auch gegenüber jenen, die aus eigenen sozialen Kämpfen hervorgegangen sind“. Dies schließe eine gegenseitige Unterstützung im Falle von Übereinstimmungen nicht aus. Die eigenen Modelle seien dafür aber unverzichtbar: „Nur das Volk rettet das Volk.“⁸

Ferner verweist Arroyo auf die Diversität der lateinamerikanischen Regierungen, von denen nur einige sich in unterschiedlichem Ausmaß der Unterwerfung unter das US-Projekt verweigerten. Andere wiederum schlossen Freihandelsverträge mit den USA: Mexiko gehört bereits seit 1994 der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA an; Chile unterzeichnete 2003 einen bilateralen Vertrag mit den USA; die zentralamerikanischen Länder Costa Rica, Honduras, Guatemala, Nicaragua, El Salvador und Dominikanische Republik folgten 2004 mit dem CAFTA-Vertrag; und zuletzt schlossen sich Kolumbien und Peru diesem Trend an.

Daher gelte es bei der Diskussion um alternative Integration, die unterschiedlichen Konjunkturen in Lateinamerika zu berücksichtigen.

2.4. Freihandelsverträge: die euro-amerikanische Antwort

Solange einzelne Staaten neoliberale Freihandelsabkommen mit den USA oder anderen Industrieländern unterzeichnet haben oder dies planen, sei mit ihnen jede Form alternativer Integration unmöglich, so Alberto Arroyo.⁹ Die Freihandelsverträge verhindern die Förderung eigener Industrien sowie die Verteidigung der Landwirtschaft gegen hochsubventionierte Dumpingprodukte aus dem Norden. Stattdessen verpflichten sie zum diskriminierungsfreien Marktzugang, zur Gleichbehandlung in- und ausländischer Firmen sowie zum Schutz ausländischer Investitionen und geistiger Eigentumsrechte. Damit verbauen sie effektiv die Möglichkeit, eigenständige Entwicklungswege in Integrationszonen der Peripherie zu gehen.

Auch die Europäische Union wirft ihre Netze in Lateinamerika aus. Ihr Instrument sind bilaterale Assoziationsabkommen mit den drei Säulen politischer Dialog, Entwicklungskooperation und Freihandel.

Mit Mexiko und Chile sind bilaterale Assoziationsabkommen bereits unter Dach und Fach. Mit dem MERCOSUR laufen seit 1999 konfliktreiche Gespräche, mit der zentralamerikanischen Integrationsgemeinschaft SICA wird seit Mai 2006 verhandelt und mit der Andengemeinschaft ist die Verhandlungsaufnahme für Januar 2007 vereinbart. Mit der karibischen Gruppe CARICOM laufen daneben Gespräche über ein umstrittenes „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ im Rahmen der Neu-

⁸ Alberto Arroyo, 'Reflexiones ante la Cumbre de Cochabamba'. In: *América Latina en movimiento*, Nummer 414-415, Jg. 30, 4. Dezember 2006, Integración: Nuevas rutas, S. 22-24.

⁹ Ebd.

ordnung der Handelsbeziehungen mit den AKP-Staaten.

Vor allem die dominante Freihandelskomponente der EU-Abkommen folgt dem gleichen Muster wie die US-Verträge. Neben Zollsenkungen für prinzipiell alle Waren verlangt die EU die Liberalisierung von Dienstleistungen, Investitionen und Staatsaufträgen. Gerade der MERCOSUR ist für die EU von hohem strategischen Interesse, da hier – anders als im übrigen Lateinamerika – europäische Unternehmen bei Handel- und Direktinvestitionen vergleichbare Marktanteile wie ihre US-Konkurrenten erobern konnten.¹⁰

Die Freihandelsverhandlungen der Europäischen Union mit Lateinamerika werfen insofern weiteres Licht auf die Widersprüchlichkeit der neuen Integrationsbestrebungen. So lehnen die ALBA-Mitglieder Bolivien und Venezuela zwar konsequent die US-Freihandelsverträge ab, verhandeln im Rahmen ihrer CAN-respektive MERCOSUR-Mitgliedschaft aber mit der EU über Assoziationsabkommen, deren Wettbewerbsprinzipien den Ideen von ALBA und TCP gänzlich widersprechen.

Gleiches gilt für den Beitritt von Venezuela und künftig auch Bolivien zum MERCOSUR. Weder Venezuela noch Bolivien sind

der Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Wirtschaft gewachsen. Bisher verfügt der MERCOSUR aber über keine Mechanismen, die der Asymmetrie zwischen seinen Mitgliedern hinreichend gerecht werden.

Ob zudem die Forderung von Hugo Chávez nach einem „sozialen“ und „solidarischen“ MERCOSUR in absehbarer Zeit in Erfüllung geht, ist ungewiss. Damit stellen sich unweigerlich Fragen nach der Konsistenz der von Venezuela und Bolivien entwickelten Alternativkonzepte wie ALBA oder TCP.

¹⁰ Zu den EU-Verhandlungen mit Zentralamerika und der Andengemeinschaft siehe: Ronald Köpke, 'Implikationen der Handelsvereinbarungen der EU mit Zentralamerika und den Andenländern', FDCL, Dezember 2006, Berlin. Zu den MERCOSUR-Verhandlungen siehe: Thomas Fritz, 'Feindliche Übernahme. Die geplante Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur', BLUE 21 Arbeitspapier, 9. Oktober 2004, Berlin, sowie Christian Russau, 'Durchsetzung internationaler Handelsregime zwischen Europäischer Union (EU) und dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur)', FDCL, EU-Mercosur-Bulletin Nr. 1, Januar 2004.

3. ALBA: die Bolivarianische Alternative

Erstmals erwähnte Hugo Chávez die ALBA-Idee bereits 2001 bei einer Konferenz karibischer Staaten. Ihre Realisierung erfuhr sie jedoch erst, nachdem seine Regierung die Destabilisierungsoffensiven der konservativen Opposition überstanden hatte: den zweitägigen Putsch gegen Chávez im April 2002, den im gleichen Jahr ebenfalls von der Rechten initiierten Streik beim staatlichen Ölkonzern PDVSA sowie das im August 2004 gescheiterte Abwahl-Referendum gegen Chávez. ALBA ist daher auch ein Ausdruck der nach dieser Phase einsetzenden Konsolidierung der in Venezuela ausgerufenen „Bolivarianischen Revolution“.

Der Vorschlag selbst beinhaltet weder ein ausformuliertes Programm, noch einen „Masterplan“ der lateinamerikanischen Integration. Vielmehr sind den offiziellen Erläuterungen in erster Linie Prinzipien zu entnehmen, die in unterschiedlicher Weise in diversen zwischenstaatlichen Kooperationen umgesetzt werden. In Abgrenzung zur Freihandelszone ALCA liegen ALBA demnach die folgenden Prinzipien zugrunde:

- Im Unterschied zur neoliberalen Integration, die die Liberalisierung von Handel und Investitionen priorisiert, rückt ALBA den Kampf gegen Armut und sozialen Ausschluss ins Zentrum.
- Hohe Bedeutung wird den Menschenrechten, den Arbeits- und Frauenrechten sowie dem Schutz der Umwelt beigemessen.
- Ebenso nimmt die Landwirtschaft eine wichtige Stellung ein. Der Kampf gegen den Protektionismus und die Agrarsubventionen des Nordens ne-

giere nicht das Recht von Entwicklungsländern, ihre bäuerliche Landwirtschaft zu schützen. Millionen von Menschen auf dem Lande wären von einer Überflutung durch importierte Agrargüter betroffen.

- Ferner will ALBA die Ursachen von Integrationsblockaden beseitigen: die Armut, die Asymmetrien zwischen den Ländern, den ungleichen Tausch, die unbezahlbare Schuldenlast, die Auferlegung von Anpassungsprogrammen und rigiden Handelsregeln, die Monopolisierung der Kommunikationsmedien sowie die Behinderung von Wissens- und Technologietransfer durch die Verträge zum geistigen Eigentum.
- ALBA stellt sich den sogenannten „Reformen“ entgegen, die auf die Deregulierung und Privatisierung der öffentlichen Dienste abzielen. Stattdessen brauche es eine Stärkung des Staates mitsamt der Beteiligung der BürgerInnen an öffentlichen Angelegenheiten.
- Entgegen der Apologie vom Freihandel, welcher automatisch zu Wachstum und Wohlfahrt führe, bedürfe es staatlicher Interventionen, um die Disparitäten zwischen den Ländern zu vermindern. Freier Wettbewerb zwischen Ungleichen nütze nur den Starken.
- Die Vertiefung der lateinamerikanischen Integration erfordere eine wirtschaftliche Agenda, die von souveränen Staaten definiert werde – frei vom schädlichen Einfluss internationaler Organisationen.
- Als zentrale Orientierung ALBAs firmieren schließlich die Leitprinzipien

der „Kooperation, Solidarität und Komplementarität“, welche eine „endogene Entwicklung“ der beteiligten Nationen ermöglichen sollen.¹¹

ALBA will Kooperationsmechanismen entwickeln, die die zwischenstaatlichen Asymmetrien beseitigen helfen. Gerade weniger entwickelte Länder sollen mit einem ALBA-Beitritt ihre produktiven Kapazitäten verbessern und die Distanz zu den fortgeschrittenen Ökonomien der Region verringern können. Ihnen solle eine „spezielle und differenzierte Behandlung“ zukommen, die sich an ihren besonderen ökonomischen und sozialen Bedürfnissen orientiert. Venezuela greift damit das handels- und entwicklungspolitische Konzept des „special and differential treatment“ auf, das mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO eine erhebliche Degenerierung erfahren hat.¹²

Zur Unterstützung dieses Konzepts schlägt Venezuela sogenannte „Fonds der strukturellen Konvergenz“ vor, welche an die Strukturfonds der Europäischen Union erinnern. Derartige Finanztöpfe wurden mittlerweile im Rahmen des Petrocaribe-Abkommens und des ALBA-TCP-Vertrags eingerichtet.¹³

3.1. Bolivarianisches Dreierbündnis

Mit dem Abkommen zwischen Venezuela und Kuba vom Dezember 2004 sowie dem ALBA-Beitritt Boliviens am 29. April 2006 wurde nun damit begonnen, Prinzipien der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas in die Praxis umzusetzen.

3.1.1. Venezolanisch-kubanische Kooperation

Mit der Unterzeichnung des ALBA-Vertrags durch den kubanischen Staatschef Fidel Castro und den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez vereinbarten beide Seiten konkrete Liberalisierungsschritte sowie zahlreiche wirtschaftliche und soziale Kooperationsprojekte.¹⁴

Der Waren- und Güteraustausch kann in Form des Kompensationshandels stattfinden, soweit dies für beide Seiten von Nutzen ist. Kuba beseitigt sämtliche Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse für venezolanische Produkte, während Venezuela nichttarifäre Hürden für kubanische Waren und Dienstleistungen eliminiert.¹⁵ Investi-

¹¹ Siehe den Hintergrundtext: 'Qué es el ALBA?', www.alternativabolivariana.org. Auf dieser Webseite finden sich zahlreiche offizielle Dokumente zu ALBA.

¹² Ausführlicher dazu: Thomas Fritz, 'Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer', Heinrich-Böll-Stiftung/Germanwatch, Global Issue Paper, Nr. 18, Berlin, Juli 2005.

¹³ Auch im MERCOSUR wurde im Jahr 2005 die Einrichtung eines solchen Fonds beschlossen. Allerdings verzögerte sich aufgrund zahlreicher Querelen die Umsetzung des FOCEM (Fondo de Conversión Estructural del Mercosur). Im Jahr 2007 sollen nun die ersten Mittel fließen.

¹⁴ Acuerdo entre el Presidente de la República Bolivariana de Venezuela y el Presidente del Consejo de Estado de Cuba, para la Aplicación de la Alternativa Bolivariana para las Américas, La Habana, 14.12.2004.

¹⁵ U.a. wegen seiner Verpflichtungen im Rahmen der Andengemeinschaft CAN und der künftigen Mercosur-Mitgliedschaft konnte Venezuela keine einseitige Beseitigung der Zölle gegenüber Kuba vereinbaren. Stattdessen einigte man sich auf eine Erweiterung bestehender Zollpräferenzen auf weitere 104 Produktgruppen und auf einen Zeitplan zur Senkung der Tarife. Siehe: Declaración Final de la Primera Reunión Cuba-Venezuela para la

tionen der jeweiligen staatlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen sind solange von der Gewinnbesteuerung befreit, bis sie sich amortisiert haben. Kuba verzichtet ganz auf eine Beteiligung an den kubanischen Töchtern venezolanischer Staatsbetriebe, gewährt den Venezolanern also eine 100-prozentige Eigentümerschaft.

Bei den Kooperationsprojekten liegt ein Schwergewicht des kubanischen Beitrags auf Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, während Venezuela Technologietransfer und Finanzierungen im Energiesektor und der Infrastruktur bietet. Ferner liefert Venezuela Öl zu präferenziellen Konditionen, die jedoch in anderen Verträgen geregelt sind (u.a. in der Petrocaribe-Initiative, siehe Kapitel 4.3.1.).

Hohe symbolische Bedeutung bekam der Vertrag durch die kubanische Unterstützung für die venezolanischen „Missionen“ im Gesundheits- und Bildungsbereich. In der im April 2005 verabschiedeten gemeinsamen Strategie zur Umsetzung von ALBA verpflichtete sich Kuba, bis zu 30.000 medizinische Fachkräfte für die Mission zur Basisgesundheitsversorgung „Barrio Adentro“ zu entsenden. Im Rahmen der Mission „Ribas“ bekommen 10.000 StipendiatInnen die Möglichkeit, in Kuba medizinische Fächer zu studieren. Und allein für das Jahr 2005 wurde die Behandlung von bis zu 100.000 VenezolanerInnen mit Augenkrankheiten in Kuba vereinbart. Ferner unterstützt die Castro-Regierung die Mission „Robinson“ zur Alphabetisierung und Schulbildung.

Venezuela wiederum verpflichtete sich zur Fortbildung von 45.000 kubanischen Me-

dizinerInnen und bot gleichfalls Stipendienprogramme an. Zudem beschlossen beide Länder, gemeinsam an der Beseitigung des Analphabetismus und an Gesundheitsprogrammen auch in dritten Ländern zu arbeiten.¹⁶

Für Kuba ist das ALBA-Bündnis besonders bedeutsam. Seit den 1960er Jahren leidet der sozialistische Inselstaat unter dem Handelsembargo der USA. Mit dem Wegfall der Unterstützung durch die Sowjetunion in den 1990er Jahren stürzte Kuba zudem in eine tiefe Wirtschafts- und Versorgungskrise, von der es sich nur langsam erholte. Venezuela wiederum brachte mit diesem Bündnis unmissverständlich zum Ausdruck, dass ALBA eine dezidierte Alternative zu allen US-amerikanischen Freihandelsabkommen darstellt.

3.1.2. Beitritt Boliviens: ein ‚Handelsvertrag der Völker‘

Der ALBA-Beitritt Boliviens stellte die Expansionsfähigkeit der Bolivarianischen Alternative unter Beweis – ein Prozess, der sich möglicherweise mit einem Beitritt Ekuadors fortsetzt. Mit dem Konzept des Handelsvertrags der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos – TCP) brachte Boliviens Präsident Evo Morales zudem eigene ideelle Grundlagen in das Bündnis ein, die sich auch formal widerspiegeln. Das trilaterale Vertragswerk sieht nunmehr sowohl die Anwendung der Bolivarian-

Aplicación de la Alternativa Bolivariana para las Américas, La Habana, 28. April 2005.

¹⁶ Declaración Final de la Primera Reunión Cuba-Venezuela para la Aplicación de la Alternativa Bolivariana para las Américas, La Habana, 28. April 2005.

schen Alternative als auch des Handelsvertrags der Völker vor.¹⁷

Der TCP-Vorschlag ähnelt über weite Strecken den ALBA-Prinzipien, fusst aber noch stärker auf einer Kritik des neoliberalen Entwicklungsmodells. Diesem werden kooperative und indigene Produktionsweisen entgegengestellt. Der Handel müsse „der Stärkung von Kleinbetrieben, Kooperativen und kommunitärer Unternehmen“ dienen, weswegen die Rechte von Investoren zu beschränken seien. Zur Verteidigung der „indigenen Kultur“ postuliert der Handelsvertrag der Völker „die Komplementarität anstelle des Wettbewerbs, das Zusammenleben mit der Natur statt der irrationalen Ausbeutung ihrer Ressourcen, die Verteidigung des sozialen Eigentums anstelle der extremen Privatisierung sowie die Förderung der kulturellen Vielfalt statt der Monokultur und Uniformität des Marktes, der die Konsummuster homogenisiert.“ Mit dem TCP solle eine Integration erreicht werden, „die über Handel und Wirtschaft hinausgeht“ und zu einer „endogenen, gerechten und sozialen Entwicklung“ führt, die auf „kommunitären Prinzipien“ beruht.¹⁸

Einige dieser Anforderungen werden im ALBA-TCP-Vertrag auch berücksichtigt. Vor allem spiegelt der Vertrag die Asymmetrie zwischen den drei Parteien wider. So nehmen sich die bolivianischen Beiträge im Vergleich zu den kubanischen oder venezolanischen eher bescheiden aus. Kuba bietet Bolivien den Aufbau von

sechs Augenheilkunde-Zentren, liefert die nötige Ausrüstung und übernimmt die Kosten des kubanischen Personals. Daneben baut es 20 Feldkrankenhäuser und stellt 600 medizinische Fachkräfte zur Verfügung. Bolivianischen StudentInnen bietet es 5000 Stipendien für ein Medizinstudium in Kuba. Ferner unterstützt Kuba die bolivianische Alphabetisierungskampagne mit Technologie und didaktischen Materialien.

Venezuela liefert Öl, Treibstoff und Asphalt, wobei ein Teil der Lieferrechnung mit bolivianischen Gütern beglichen werden kann. Daneben bietet es den beiden bolivianischen Staatsunternehmen des Petro- und Minensektors, YPFB und Comibol, Kooperationen und technische Hilfe. Ferner stattet Venezuela einen Fonds zur Finanzierung produktiver Investitionen mit bis zu 100 Millionen Dollar aus. Für soziale Zwecke stiftet es 30 Millionen Dollar.

3.1.3. Rücksicht auf Asymmetrie

Der materielle Beitrag Boliviens ist dagegen weit weniger deutlich. Seine Exporte von mineralischen Rohstoffen und Agrargütern würden zum ALBA-TCP-Vertrag beitragen, heißt es. Seine Petroindustrie fördere die „Energiesicherheit“ der beteiligten Länder. Ferner biete es seine Erfahrungen beim gemeinsamen Studium indigener Völker, der Naturheilkunde und der biologischen Vielfalt an.¹⁹ Die Bescheidenheit des bolivianischen Beitrags zeigt sich schon in dem Verweis auf die Petroindustrie: Faktisch exportiert Bolivien sein

¹⁷ Acuerdo para la Aplicación de la Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América y el Tratado de Comercio de los Pueblos, La Habana, 29. April 2006.

¹⁸ 'TCP: la propuesta boliviana para un comercio justo entre los pueblos', Movimiento Boliviano por la Soberanía y la Integración solidaria de los pueblos, 13. April 2006.

¹⁹ Siehe FN 17.

Erdgas weder nach Venezuela, noch nach Kuba.

Kuba und Venezuela indes dehnen ihre gegenseitigen Handelszugeständnisse auch auf Bolivien aus. Exporte Boliviens in diese beiden Länder kommen in den Genuss der Liberalisierungen von Zöllen und nichttarifären Maßnahmen, die Venezuela und Kuba untereinander vereinbarten.²⁰

Bolivien hingegen hat keinerlei Zollsenkungsverpflichtungen übernommen. Hierin spiegelt sich ebenfalls die Rücksicht auf die Asymmetrie zwischen den drei Parteien wider. Die einzige bolivianische Liberalisierungsverpflichtung nichttarifärer Art bezieht sich auf die Steuervorteile für Investitionen kubanischer oder venezolanischer Staatsunternehmen in Bolivien. Diese sind solange von der Gewinnbesteuerung befreit, bis sich die Investitionen amortisiert haben. Eine solche Verpflichtung haben auch Venezuela und Kuba übernommen.

Daneben machen Kuba und Venezuela ein weiteres Handelszugeständnis: Sie garantieren den Kauf bolivianischer Exportprodukte, deren Absatzmärkte durch Freihandelsabkommen der USA oder Europas mit Nachbarstaaten Boliviens verloren gehen. Dies ist eine direkte Reaktion auf den Abschluss der US-Freihandelsverträge durch Kolumbien und Peru. Bolivien exportiert bisher rund ein Drittel seiner Sojaproduktion in diese beiden Länder. Mit der Unterzeichnung des US-Vertrags verpflichten diese sich aber zur sukzessiven Öffnung ihres Agrarmarkts gegenüber dem hochsubventionierten US-amerikanischen Agrobusiness.

²⁰ Zwar gewährte Kuba venezolanischen Gütern Zollfreiheit, Venezuela war dazu jedoch aufgrund seiner CAN- und Mercosur-Verpflichtungen nur eingeschränkt in der Lage. Vgl. FN 15.

Da bolivianisches Soja nicht mit dem billigen US-Soja konkurrieren kann, wird erwartet, dass Bolivien einen Teil seines andinen Absatzmarktes verliert.²¹

Kuba und Venezuela verpflichten sich nun, diese Verluste durch den Kauf der betroffenen Mengen an bolivianischem Soja auszugleichen. Venezuela nimmt bereits jetzt die Hälfte der bolivianischen Sojaexporte ab.

3.2. Allianzen von Staatsunternehmen

Zur Einbindung weiterer Länder in das ALBA-Projekt setzt die venezolanische Regierung vor allem auf Kooperationen zwischen Staatsunternehmen oder deren gemeinschaftliche Gründung. Herausragendes Beispiel ist die Vision einer kontinentalen Allianz staatlicher Energieunternehmen „Petroamérica“. Im Rahmen der drei subregionalen Initiativen Petrocaribe, Petroandina und Petrosur macht sich PDVSA an die schrittweise Umsetzung dieser Vision. Das ehrgeizigste Projekt dürfte dabei der von Venezuela propagierte Bau einer trans-südamerikanischen Gaspipeline sein. Der „Gran Gasoducto del Sur“ soll zur „Lokomotive“ einer neuen Form der Integration werden, so Präsident Hugo Chávez (vgl. Kapitel 4.3. und 4.4.).

²¹ Ein Teil der bolivianischen Sojaexporte nach Venezuela, Kolumbien oder Peru stammt allerdings illegalerweise aus Brasilien und Paraguay. Dieses Soja wird nur zum Zweck des Exports in Länder der Andengemeinschaft nach Bolivien eingeführt, um so in den Genuss der Zollpräferenzen zu kommen, die Bolivien im Rahmen seiner CAN-Mitgliedschaft genießt. Vgl. FOBOMADE, ‘Soya boliviana, mercado colombiano, transgenicos y TLC’, Foro Boliviano Sobre Medioambiente Y Desarrollo, 24.3.2006.

Ökonomisch ebenfalls bedeutsam ist die geplante Gründung einer Bank lateinamerikanischer Staaten, die „Banco del Sur“. Sie soll Kredite für bilaterale oder multilaterale Infrastrukturprojekte ohne die leidigen Auflagen von Weltbank, IWF und anderer Entwicklungsbanken vergeben können. Die Konjunktur für dieses Vorhaben ist angesichts hoher Devisenreserven vieler Exportnationen der Region günstig. Venezuela bekundete seine Bereitschaft, einen Teil seiner Reserven dafür zur Verfügung zu stellen.

Das Land unternimmt bereits erste Umsetzungsschritte. Als Keimzelle der Lateinamerika-Bank betrachtet es den Kauf von Staatsanleihen Argentinien und Boliviens. Seit Mai 2005 erwarb Venezuela argentinische Staatsanleihen im Wert von rund 3 Milliarden US-Dollar, was Argentinien die vorzeitige Begleichung seiner Schulden gegenüber dem IWF in Höhe von 9,8 Milliarden Dollar erleichterte. Im Juli 2006 kündigten beide Länder schließlich die Emission einer binationalen Anleihe an. Diese sei „der Auftakt zu einer Bank des Südens“, so Argentinien Präsident Néstor Kirchner.²²

Ähnlich verpflichtete sich Venezuela mit dem ALBA-Beitritt Boliviens zum Kauf bolivianischer Staatsanleihen im Wert von 100 Millionen Dollar. Diese Gelder fließen wiederum in den vereinbarten Entwicklungsfonds für kleines und mittleres Gewerbe, der von der Banco del Sur verwaltet werden soll.²³ Die Zinszahlungen, die Argentinien und Bolivien an Venezuela entrichten, liegen dabei unterhalb der Sät-

ze auf den internationalen Anleihemärkten.

Ein weiteres Beispiel eines staatlichen Gemeinschaftsunternehmens, das den ALBA-Prinzipien verpflichtet ist, bietet der Fernsehsender „TeleSUR“. Der seit Mitte 2005 ausstrahlende Sender stellt eine Alternative zu den konservativen Medien des Kontinents dar, vor allem zu US-Nachrichtensendern wie CNN oder Univisión oder der britischen BBC. Wirtschaftlich und inhaltlich wird TeleSUR derzeit von fünf Ländern getragen. Die Anteile an der Gesellschaft verteilen sich auf Venezuela (46%), Argentinien (20%), Kuba (19%), Uruguay (10%) und Bolivien (5%). Das zentrale Studio ist in Caracas angesiedelt. Sendungen und Beiträge werden aus verschiedenen Ländern u.a. über ein eigenes Korrespondentennetz zugeliefert. Dem Beirat des Senders gehören lateinamerikanische und internationale Intellektuelle wie der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel oder die Autoren Ernesto Cardenal, Eduardo Galeano, Tarik Ali und Ignacio Ramonet an.²⁴

3.3. Verhältnis zu sozialen Bewegungen

Die Integrationsprojekte von ALBA beschränken sich allerdings nicht auf Staatsunternehmen. So gibt es Bestrebungen, auch Initiativen von sozialen Bewegungen, Basisgruppen oder Gewerkschaften in die Bolivarianische Alternative einzubinden.

Ein Beispiel für diese Bemühungen ist das lateinamerikanische Treffen besetzter Be-

²² 'Chavez firmo el ingreso de su país al Mercosur. Con un bono conjunto, Kirchner afianza su sociedad con Venezuela', Clarín, 5. Juli 2006.

²³ 'Chávez compra bonos del Tesoro por \$us 100 millones', La Prensa, 27.5.2006.

²⁴ Siehe: Stichwort 'TeleSUR', Wikipedia, enciclopedia libre.

triebe, das im Oktober 2005 in Caracas stattfand. ArbeiterInnen, die die von ihren Besitzern in die Pleite geführten oder aufgegebenen Unternehmen in Eigenregie übernommen haben, vereinbarten hier erste Schritte zur gegenseitigen Unterstützung: Technologietransfer, Weiterbildung und Handel. An dem Treffen nahmen 700 Delegierte von rund 250 selbstverwalteten Betrieben teil, die Hälfte von ihnen aus Argentinien. Die Initiative ging von der argentinischen Bewegung besetzter Betriebe MNER (Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas), der venezolanischen Gewerkschaft UNT sowie dem uruguayischen Dachverband PIT-CNT aus.

Unterstützung kam von der venezolanischen Regierung. Hugo Chávez schlug die Bildung eines regionalen Netzwerks der besetzten Betriebe unter dem Namen EMPRESUR vor (Empresas Recuperadas del Sur). Ferner kündigte er die Einrichtung eines Fonds mit einem Startkapital von 5 Millionen Dollar an, der günstige Kredite an die selbstverwalteten Unternehmen ausreichen soll.²⁵

Die Visionen des venezolanischen Präsidenten gehen dabei weit über solidarökonomische Nischen hinaus. Mit EMPRESUR könnten „multinationale Unternehmen entstehen, aber geführt von Arbeitern“, so Chávez. Damit traf er den Nerv der TeilnehmerInnen des Treffens. Der uruguayische Delegierte Marcelo Abdala verdeutlichte, dass die ArbeiterInnen sich mit den Besetzungen auch darauf vorbereiten, „die Gesellschaft zu lenken“. Die selbstverwalteten Betriebe seien nicht als Inseln zu betrachten: „Das Unterneh-

men, auf dessen Zurückgewinnung wir abzielen, sind unsere gesamten Länder.“²⁶

Ausdruck der relativen Offenheit des ALBA-Projekts ist auch, dass der Vorschlag auf diversen Veranstaltungen in Venezuela und anderen Ländern diskutiert und mit zahlreichen Ideen angereichert wurde. Dabei bleibt es nicht aus, dass verschiedene Vorstellungen darüber existieren, was ALBA ist oder sein sollte. Manche AutorInnen fassen den Vorschlag denn auch als Anregung auf, idealtypische ALBA-Konzeptionen zu entwerfen.

Als ein Ergebnis dieser Diskussionen präsentiert etwa die chavistische Organisation „Bolivarianischer Kongress der Völker“ das Dokument „Construyendo el Alba desde los Pueblos“ (Alba von den Völkern her aufbauen).²⁷ Dieses versammelt einen umfassenden Katalog institutioneller Maßnahmen in über 20 Bereichen, darunter Bildung, Gesundheit, Partizipation, Migration, bis hin zu Militär und Geopolitik. Über die politischen Voraussetzungen zur Realisierung all der vorgeschlagenen kontinentalen Netzwerke, Kommissionen und Institutionen schweigt sich das Dokument gleichwohl aus.

3.3.1. Anspruch Partizipation

Wie beim „Bolivarianischen Kongress der Völker“ findet sich in den Beschreibungen des ALBA-Projekts häufig die Berufung auf die Völker Lateinamerikas, von denen der Integrationsvorschlag ausgehe. In die-

²⁵ Daniel Badenes, 'Chávez propone formar una red de empresas recuperadas del Sur', Argentinpress.info, 28.10.2005.

²⁶ Ebd., FN 25.

²⁷ 'Construyendo el ALBA desde los pueblos. Una propuesta de unidad para los pueblos de Nuestra América', Secretaría de Organización, Congreso Bolivariano de los Pueblos, 2005.

ser Hinsicht klaffen Anspruch und Wirklichkeit ALBAs aber noch auseinander.

So meint etwa die venezolanische Ökonomin Judith Valencia, der von Hugo Chávez vorgestellten ALBA-Idee sei erst Leben eingehaucht worden, „nachdem das Volk sich diesen Wunsch zu eigen machte“. Als die Leute zwischen April und März 2003 auf die Straße gingen, um für die Wiedereinsetzung von Chávez und gegen die Sabotage-Akte beim PDVSA-Konzern zu demonstrieren, sei ALBA erst als soziales Phänomen entstanden. Mit der „Rückeroberung des politischen Raums“ schuf das rebellierende Kollektiv die Möglichkeit, „Pläne der Regierung in Aufgaben des Volkes zu verwandeln“. ALBA sei daher „ein sozialer Prozess, in dem die Bevölkerung sich souverän ihre eigenen Ziele erarbeitet und Räume zurückgewinnt“. Entsprechend seien auch die zwischenstaatlichen Verträge, nach denen Venezuela zu Vorzugskonditionen Öl an lateinamerikanische Nachbarn liefert, ein Ausdruck „der gegenseitigen Solidarität und der gemeinsamen sozialen Verantwortung zwischen den Völkern“.²⁸

Gewiss ist die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung für Chávez ein wichtiger Faktor für den Fortgang der Bolivarianischen Revolution und des ALBA-Projekts. Dennoch scheint es eine unmittelbare Partizipation der Bevölkerung bei den zwischenstaatlichen Verträgen nicht gegeben zu haben. In einem Papier für die Alianza Social Continental und die Nichtregierungsorganisation Focus on the Global South konstatieren die Autoren Diego Azzi

und David Harris einen Widerspruch zwischen Diskurs und Praxis bei der ALBA-Konstruktion. Zwar werde auf das Volk Bezug genommen, „was aber die konkrete Existenz von ALBA ausmacht, das sind die zwischenstaatlichen Abkommen, unterzeichnet von drei Regierungschefs“. Eine „direkte Partizipation der Bevölkerung bei der Erarbeitung dieser Verträge“ sei „kaum sichtbar“.²⁹

Zugleich meinen die Autoren aber, es gebe unter sozialen Bewegungen „einen Konsens bezüglich des Inhalts von Chávez' Vorschlägen“. Als Beleg verweisen sie darauf, dass ALBA einen wichtigen Teil der Alternativvorschläge der Alianza Social Continental aufgegriffen habe. Während den Autoren darin zuzustimmen ist, dass eine breitere Partizipation bei den zwischenstaatlichen ALBA-Abkommen kaum erkennbar ist, müssen Zweifel an dem behaupteten Bewegungskonsens hinsichtlich der Chávez-Vorschläge angemeldet werden. Gerade bei den für ALBA zentralen Energieprojekten existieren durchaus kritische Stimmen, die nicht unterschlagen werden sollten.

²⁸ Judith Valencia, 'El Alba elabora filosófica. Aspectos Filosóficos y Constitucionales del Alba', Primer encuentro por la Consolidación de un Nuevo Estado de Derecho y de Justicia Social en el Marco de la Alternativa Bolivariana para la América (ALBA), Barquisimeto, September 2005.

²⁹ Diego Azzi/David Harris, 'ALBA – Venezuela's answer to 'free trade': the Bolivarian alternative for the Americas'. Alianza Social Continental/Focus on the Global South (Hg.), São Paulo/Bangkok, Oktober 2006, S. 13f.

4. Im Fokus: energetische Integration

Die energetische Integration Lateinamerikas und der Karibik spielt eine herausragende Rolle im Rahmen von ALBA. Die Entschlossenheit, mit der die venezolanische Regierung seit den letzten Jahren zahlreiche Energieprojekte mit Nachbarländern vorantreibt, erklärt sich aus der Bedrohung, die die panamerikanische Freihandelszone ALCA für jegliche Form öffentlicher Energieversorgung dargestellt hätte.

Es geht der venezolanischen Regierung insofern nicht nur darum, ihre Absatzmärkte für Erdöl durch Aufbau eines lateinamerikanischen Kundenstamms zu diversifizieren. Vielmehr strebt sie einen Transformationsprozess an, der die Rolle der privaten Petromultis in Lateinamerika sukzessive beschränkt und die öffentliche Kontrolle über den gesamten Energiesektor nach den Privatisierungen der 1990er Jahre zurückgewinnt.

4.1. Nationalisierung in Venezuela

Diesen Transformationsprozess leitete die Regierung von Hugo Chávez seit Ende 2004 im venezolanischen Ölsektor ein. Eine neue Phase der „vollständigen Souveränität“ über die nationale Petroindustrie soll sukzessive die in den 1990er Jahren vollzogene „Öffnung“ der Ölindustrie für den Privatsektor rückgängig machen.

Im Zuge dieser Öffnung hatten die damaligen Regierungen insgesamt 32 Förderverträge, sogenannte „convenios operativos“, an transnationale Konzerne verge-

ben. Daneben fanden Privatinvestitionen in Form von „asociaciones estratégicas“ statt. Dabei handelt es sich um vier Gemeinschaftsunternehmen zur Förderung der Schwerstöle des Orinoco-Beckens, an denen das Staatsunternehmen PDVSA lediglich Minderheitsbeteiligungen erhielt. Im Ergebnis verlor der Staat durch den Öffnungsprozess nicht nur seine Kontrolle über die Ölförderung, sondern erlitt auch erhebliche Einnahmeverluste. Denn um die Privatinvestitionen zu stimulieren, wurden Steuern und Abgaben drastisch gesenkt.³⁰

Um diesen Öffnungsprozess wieder umzukehren, forderte die Chávez-Regierung die Umwandlung sämtlicher Förderverträge in gemischte Unternehmen („empresas mixtas“). An diesen erhält PDVSA einen Mehrheitsanteil von mindestens 51%. Ferner wurden die Abgaben auf die Produktion wieder erhöht, damit an den Staat mindestens 50% des Marktwerts fließen. Die Mehrzahl der transnationalen Konzerne beugte sich diesen neuen Bedingungen. Während 16 Konzerne neue Verträge unterzeichneten, verweigerten sich lediglich das französische Unternehmen Total und der italienische Konzern Eni.

Auch die strategischen Assoziationen zur Ausbeutung des Orinoco-Öls sollen in „empresas mixtas“ unter Mehrheitseigentümerschaft von PDVSA umgewandelt werden. Die Schwerstölvorkommen des Orinoco-Gebiets schätzen ExpertInnen auf 235 Milliarden Barrel. Werden sie zu den 77 Milliarden Barrel bestätigter Ölreserven

³⁰ Vgl. ‘Auténtica Nacionalización’, ‘Convenios operativos: Concesiones disfrazadas’ sowie ‘Asociaciones ¿estratégicas?’, www.pdvsa.com

hinzugerechnet, belaufen sich die venezolanischen Vorkommen auf über 300 Milliarden Barrel – die größten der Welt. Allerdings ist die Produktion des Schwerstöls überaus aufwendig und kostspielig und lohnt sich erst bei Ölpreisen von mehr als 40 Dollar pro Barrel.³¹

Die venezolanische Nationalisierung geriet in immer stärkeren Gegensatz zu den US-Ambitionen im Rahmen der ALCA-Verhandlungen. Als Teil des Verhandlungspakets initiierten die USA die hemisphärische Energieinitiative IEH (Iniciativa Energética Hemisférica). Diese ist einer strikten Liberalisierungs- und Privatisierungsdogmatik verhaftet. Ihre zentrale Orientierung besteht „in der Öffnung der Märkte sowie der Transformation produzierender Staaten in normierende, kontrollierende und regulierende Staaten“. Der auf die Regulierungsfunktion geschrumpfte Staat solle „die produktiven Sektoren den Privaten überlassen“. Die energetische Integration begreift die IEH als „graduellen Prozess der Beseitigung von Hindernissen und der Harmonisierung von Rechtsordnungen, die den Investoren zu transparenten Normen verhelfen“.³²

Die ALCA-Energieinitiative steht mit ihrem Privatisierungsfokus aber nicht nur im Konflikt mit dem Nationalisierungskurs Venezuelas. Gerade im Bereich der fossilen Brennstoffe Öl und Gas dominieren in Lateinamerika staatliche oder staatlich kontrollierte Unternehmen: neben der venezolanischen PDVSA vor allem PEMEX

in Mexiko und Petrobras in Brasilien. In diesen drei Ländern konzentrieren sich 79% der lateinamerikanischen Ölproduktion.³³ Insgesamt verfügen 15 Länder des Subkontinents über staatliche Petrofirmen.

4.2. Die Rückkehr des Staates

Zudem entwickelte sich nicht nur in Venezuela ein der hemisphärischen Energieinitiative entgegengesetzter Trend, sondern auch in Argentinien und Bolivien. Nachdem das argentinische Staatsunternehmen YPF in den 1990er Jahren an den spanischen Konzern Repsol verkauft wurde, vollzog die Regierung von Néstor Kirchner im Jahr 2004 eine Kehrtwende. Nach einer schweren Versorgungskrise gründete sie mit ENARSA (Energía Argentina S.A.) ein neues staatliches Petrounternehmen.³⁴

Ebenso machte sich die Regierung von Evo Morales nach der Nationalisierung der bolivianischen Öl- und Gasindustrie vom Mai 2006 an die Neugründung des Staatsunternehmens YPFB (Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos).³⁵ Auch Ecuador tritt wieder selbstbewusster gegenüber den Ölmultis auf. Im Mai 2006 kündigte es den Fördervertrag mit Occidental Petroleum, nachdem das Unternehmen gegen staatliche Auflagen verstoßen hatte.

³¹ Michael Piskur, 'Venezuela Moves to Nationalize its Oil Industry', Power and Interest News Report (PINR), 19. Mai 2006.

³² Zitiert in: Eduardo Mayobre, 'La propuesta Petroamérica y la Integración Energética de América Latina y El Caribe', Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (ildis), November 2005, S. 40ff.

³³ Ebd., FN 32, S. 75.

³⁴ Marcela Valente, 'El estado se repliega dentro del mercado', Inter Press Service (IPS), Buenos Aires, 25. Oktober 2004.

³⁵ Vgl. Thomas Fritz, 'Die Plünderung ist vorbei. Boliviens Nationalisierung der Öl- und Gasindustrie', FDCL, Berlin, September 2006.

Die ALBA-Projekte sind insofern eine direkte Reaktion auf die hemisphärische Energieinitiative, die die Staatsbetriebe sturmreif schießen sollte. Auch einer perspektivischen Ausweitung der souveränen Verfügung über die natürlichen Ressourcen hätte die ALCA-Initiative im kontinentalen Maßstab einen Riegel vorgeschoben. Venezuela nutzt daher die mit der ALCA-Blockade gewonnene Atempause, um in einem zunehmend wichtigeren Sektor politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die andernfalls auf unabsehbare Zeit verloren wären. Mit den ALBA-Energieprojekten bietet es im regionalen Maßstab konkrete Alternativen zum neoliberalen Privatisierungskurs.

Die zentrale Frage aber ist: Kommt mit diesen Kooperationen, die auf staatliche statt private Konzerne setzen, auch ein anderer Charakter ins Spiel? Werden sie den mit ALBA formulierten Prinzipien der Kooperation, Solidarität und Komplementarität gerecht? Berücksichtigen sie die Menschenrechte, den Umweltschutz und die reklamierte Partizipation?

4.3. Petroamérica: eine lateinamerikanische Vision

Die Petroamérica-Initiative stellt die energiepolitische Säule ALBAs dar. Nach Darstellung von PDVSA handelt es sich um einen „Vorschlag zur energetischen Integration der Völker des Kontinents im Rahmen der Bolivarianischen Alternative für Amerika“. Angestrebt werde „die Integration der staatlichen Energieunternehmen Lateinamerikas und der Karibik“, um gemeinsame Investitionen entlang der

gesamten Wertschöpfungskette von Erdöl und Erdgas vorzunehmen: von der Exploration, über die Förderung, bis zur Vermarktung.

Die „souveräne Verfügung über die Energieressourcen“ solle als „Motor der endogenen Entwicklung und der Integration“ dienen. Ziel sei die Reduzierung der „wirtschaftlichen und sozialen Asymmetrien“. Die Zusammenarbeit werde zwischen Staaten, Regionen oder Staatsbetrieben vereinbart und könne in die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen münden.³⁶ Nicht vorgesehen sind hingegen Kooperationen zwischen Privatunternehmen oder die staatliche Förderung privater Investitionen. Gleichwohl ist die Beteiligung transnationaler Konzerne auch nicht explizit ausgeschlossen.

Petroamérica gibt wiederum den Rahmen dreier subregionaler Initiativen ab: Petrocaribe, Petrosur und Petroandina. Während der Petrocaribe-Vertrag derzeit 14 Länder der Karibik umfasst, bezieht sich Petrosur auf die MERCOSUR-Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay, und Uruguay. Petroandina wiederum strebt die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Andengemeinschaft CAN an (Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien). In allen drei Regionen vereinbarten Venezuela bzw. PDVSA mittlerweile Gemeinschaftsprojekte. Auffällig ist allerdings das Fehlen Mexikos, Chiles sowie des Großteils der zentralamerikanischen Staaten (Ausnahmen: Belize und jüngst Nicaragua).

Die venezolanische Regierung betrachtet Petroamérica ferner als langfristiges Vorhaben, das in einen Verbund der Staatsunternehmen oder gar in einen zukünftigen lateinamerikanischen Energiekonzern

³⁶ Siehe 'Petroamérica', www.pdvsa.com

münden könne. Rafael Ramírez, venezolanischer Energieminister und Präsident von PDVSA, verdeutlicht die Perspektive: „Petroamérica lässt sich nicht von heute auf morgen dekretieren. Daher beginnen wir mit Kooperationsverträgen in der Produktion und mit Technologietransfer und Logistik, so dass sich das Vorhaben anschließend in einer juristischen Form konkretisieren lässt.“³⁷

4.3.1. Petrocaribe

Große Aufmerksamkeit erfuhr der Petrocaribe-Vertrag, der vielfach als Referenz für die ALBA-Prinzipien dient. Petrocaribe ist aber keineswegs neu. Vielmehr stellt dieser Vertrag eine Fortschreibung der Präferenzabkommen dar, die Venezuela bereits seit den 70er Jahren mit zentralamerikanischen und karibischen Ländern vereinbarte.

Hintergrund waren die Ölpreisschocks von 1973 und 1979, die die importabhängigen Entwicklungsländer besonders hart trafen. Aus diesem Grund gewährte Venezuela bereits seit 1974 mit den Abkommen von Puerto Ordaz zentralamerikanischen und karibischen Importeuren venezolanischen Öls Finanzhilfen. Ein Teil der Ölrechnung musste nicht mehr unmittelbar beglichen, sondern konnte über Kredite finanziert werden. Deren Höhe war von den Importmengen des jeweiligen Landes und dem Weltmarktpreis abhängig. Die Kredite hatten zunächst eine Laufzeit von sechs Jahren, konnten danach aber auf Wunsch der Kreditnehmer in langfristige Darlehen

zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten umgewandelt werden.

Mit der Unterzeichnung des Vertrags von San José trat Mexiko 1980 diesem System als Co-Finanzier bei. Venezuela und Mexiko verpflichteten sich, jeweils 50% des Ölbedarfs der begünstigten Länder zu liefern. Die Kredithilfen blieben weitgehend unverändert. Sie wurden erst nach Ausbruch der Schuldenkrise 1982, die sowohl Mexiko als auch Venezuela in Mitleidenschaft zog, restriktiver ausgestaltet. So verminderte sich der kreditfinanzierte Teil der Ölrechnung von 50% auf 20%. Auch forderten Mexiko und Venezuela seither, dass die mit ihren Krediten finanzierten Entwicklungsprojekte Aufträge an mexikanische oder venezolanische Firmen vergeben. Venezuela etwa verlangte bei solchen Projekten eine venezolanische Komponente von mindestens 60% der Auftragssummen. Diese sogenannte Lieferbindung galt bis dahin als verwerfliche Praxis der Geberländer des Nordens. Der Vertrag von San José ist mit einigen Modifikationen bis heute in Kraft.³⁸

Im Jahr 2000 schließlich schloss Venezuela mit zehn zentralamerikanischen und karibischen Staaten³⁹ den Vertrag von Caracas zur Energetischen Kooperation ACEC (Acuerdo de Cooperación Energética de Caracas). Dieser geht über den San José-Vertrag hinaus und gewährt günstigere Finanzierungen für größere Mengen an Öllieferungen. Mexiko ist an ACEC nicht mehr beteiligt. Der Anteil der Ölrechnung, für den Venezuela Kredite bietet, bemisst sich am Weltmarktpreis entlang einer progressiven Skala: Übersteigt der

³⁷ Miguel Lora, 'Petroamérica, la estrategia sudamericana para recuperar su soberanía energética', *Rebelión*, 8. Juni 2004.

³⁸ Vgl. Eduardo Mayobre, FN 32, S. 27ff.

³⁹ Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Haiti, Jamaika, Nikaragua, Panama und Dominikanische Republik.

Ölpreis 15 US-Dollar pro Barrel können 5% der Rechnung kreditfinanziert werden, steigt er über 20 US-Dollar 10%. Bei einem Ölpreis von mehr als 30 Dollar gewährt Venezuela für 25% der Rechnung Kredit. Der Zinssatz beträgt 2%, bei einer Tilgungsfrist von maximal 15 Jahren. Bis zu einem Jahr ist tilgungsfrei. Die Zahlungen von Zins und Tilgung können teilweise in Form von Kompensationsgeschäften erfolgen.⁴⁰

4.3.2. Mehr als präferenzieller Ölhandel

Dieses bereits existierende System dehnte Venezuela schließlich mit dem Petrocaribe-Vertrag vom 29. Juni 2005 auf 13 karibische Entwicklungsländer aus und erweiterte die Präferenzen der Verträge von San José und Caracas.⁴¹

Steigt der Ölpreis auf 40 Dollar pro Barrel gewährt Venezuela nun für 30% der Ölrechnung Kredit, steigt er auf 50 Dollar für 40% und ab 100 Dollar können 50% der Ölrechnung kreditfinanziert werden. Die tilgungsfreie Zeit verlängert sich auf 2 Jahre. Bei einem Ölpreis von 40 Dollar und mehr verlängert sich zudem die Kreditlaufzeit auf 23 Jahre, zuzüglich der 2 tilgungsfreien Jahre. Der Zinssatz sinkt in diesem Fall von 2% auf 1% (siehe Tabelle im Anhang). Weitere Details wie die jeweiligen Liefermengen sind in bilateralen Verträgen zwischen Venezuela und den Begünstigten festgelegt.

Wie schon der Vertrag von Caracas sieht auch Petrocaribe die Möglichkeit vor, dass

die Kredite teilweise durch Kompensationshandel beglichen werden. Venezuela akzeptiert, dass ein Teil der Zahlungen in Gütern und Dienstleistungen erfolgt, für die die Schuldner präferenzielle Preise anbieten. Die Kompensationswaren können solche sein, die durch handelspolitische Maßnahmen reicher Länder betroffen sind.⁴² Damit eröffnet Venezuela die Möglichkeit einer gewissen Minderung der Verluste, die den karibischen Exporteuren von Bananen, Zucker und anderen Gütern durch handelsverzerrende Maßnahmen der Industrieländer entstehen (z.B. durch hohe Zölle, Quoten, Subventionen, Normen und Standards).

Petrocaribe beschränkt sich allerdings nicht auf den präferenziellen Ölhandel. Vielmehr gründeten die 14 Vertragsparteien eine Organisation, die ihre gesamte Energiepolitik untereinander koordinieren soll. Der Vertrag beschreibt Petrocaribe als „eine Organisation, die fähig ist, die Koordination und Artikulation der Energiepolitiken sicherzustellen“, und dies in allen relevanten Bereichen „einschließlich Öl und seiner Derivate, Gas, Elektrizität, Energieeffizienz, technischer Zusammenarbeit, Weiterbildung, Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie der Nutzung

⁴² Im bilateralen Vertrag zwischen Venezuela und Antigua und Barbuda heißt es beispielsweise: 'Para el pago diferido, el Gobierno de la República Bolivariana de Venezuela podrá aceptar que parte del mismo se realice con productos, bienes y/o servicios, establecidos mutuamente, por los que el Gobierno de Antigua y Barbuda ofrecerá precios preferenciales. Los productos que el Gobierno de la República Bolivariana de Venezuela podría adquirir a precios preferenciales podrían incluir bienes y servicios que Las Partes determinen, y que puedan estar afectados por políticas comerciales de países ricos.', Acuerdo de Cooperación Energética Petrocaribe entre el Gobierno de la República Bolivariana de Venezuela y el Gobierno de Antigua y Barbuda, Montego Bay, 6. September 2005.

⁴⁰ FN 32, S. 27ff.

⁴¹ Acuerdo de Cooperación Energética Petrocaribe, Puerto la Cruz, 29. Juni 2005.

alternativer Quellen wie Wind- oder Solarenergie“.

Institutionell verfügt Petrocaribe über einen Ministerrat und ein Exekutivsekretariat, das beim venezolanischen Energieministerium angesiedelt ist. Hinzu kommt der Fonds „Alba-Caribe“, den Venezuela mit einem Startkapital von 50 Millionen Dollar ausstattete. Aus diesem können Sozial- und Wirtschaftsprojekte finanziert werden.

Ferner sieht der Vertrag explizit eine Ausweitung des staatlichen Einflusses auf den Energiesektor in den beteiligten Ländern vor. So heißt es in Artikel VI: „Im Rahmen von Petrocaribe ist die Existenz staatlicher Einrichtungen für die Realisierung der energetischen Operationen erforderlich. Venezuela bietet jenen Ländern technische Zusammenarbeit bei der Errichtung staatlicher Unternehmen an, in denen diese nicht vorhanden sind.“

Für die Durchführung der unter Petrocaribe vereinbarten Maßnahmen gründete PDVSA die Tochtergesellschaft PDV Caribe. Diese wickelt auch den Transport der Öllieferungen ab und schaltet damit den Zwischenhandel aus, was für die Abnehmer zu Kosteneinsparungen führt. Auch schlagen die Transporte nur zu Selbstkostenpreisen zu Buche, d.h. PDVSA macht damit keine Gewinne – ebenfalls eine Kosteneinsparung für die Abnehmer.⁴³

4.3.3. Gemeinsamer Ausbau der Infrastruktur

Schließlich hat PDV Caribe die Aufgabe, eine umfassende Infrastruktur an Frachtern, Lagern, Terminals, Raffinerien und Vertriebsnetzwerken aufzubauen. Hierfür

sind wiederum umfangreiche Investitionen erforderlich, die durch Gemeinschaftsunternehmen zwischen PDVSA und den Staatsbetrieben der Region vorgenommen werden sollen. Konkrete Pläne umfassen die Erweiterung und Konversion von Raffinerien in Jamaika und Kuba sowie den Bau mehrerer Terminals in Kuba, Jamaika und der Dominikanischen Republik. Der Aufbau einer eigenen Raffinerie-Infrastruktur ist wegen der Besonderheiten des venezolanischen Öls unerlässlich. Denn nur speziell angepasste Raffinerien sind in der Lage, das venezolanische Schwerstöl zu Brennstoff zu verarbeiten.⁴⁴ Am Rande der Amtseinführung des nikaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega im Januar 2007 kündigte Hugo Chávez an, dass Venezuela nun auch in Nicaragua eine Raffinerie errichten werde.

Aber nicht alle Länder sind glücklich über das venezolanische Engagement. So blieb Trinidad und Tobago dem Petrocaribe-Vertrag fern. Der Inselstaat exportiert selbst Erdöl und Derivate und fürchtet Absatzeinbußen durch die venezolanische Konkurrenz. Aufgrund der attraktiven Petrocaribe-Konditionen könnte er einen Teil seiner Kundschaft in der Karibik verlieren.⁴⁵

Auch Mexiko, nach Venezuela der zweitgrößte Ölexporteur Lateinamerikas, ist an den jüngsten venezolanischen Initiativen in der Region nicht beteiligt. Mexikos Energiepolitik steht stark unter dem Einfluss US-amerikanischer Interessen. Der ehemalige mexikanische Präsident Vicente Fox forcierte die schleichende Öffnung des staatlichen Ölsektors unter der

⁴³ Petrocaribe-Vertrag, FN 41.

⁴⁴ Vgl. Eduardo Mayobre, FN 32, S. 25.

⁴⁵ Humberto Márquez, 'Chávez trae petróleo y misiones sociales', Inter Press Service (IPS), 22. Juli 2005.

nordamerikanischen Initiative ASPAN (Alianza para la Seguridad y la Prosperidad de América del Norte).⁴⁶

4.3.4. Petrosur

Mit den Mercosur-Staaten vereinbarte Venezuela ebenfalls eine Reihe von Projekten, die sich in die regionale Initiative Petrosur einbetten. Im Mai 2005 kamen Argentinien, Brasilien und Venezuela überein, ihre Energiepolitik im Rahmen von Petrosur enger zu koordinieren. Drei erste Vorhaben wurden beschlossen: Prospektionstätigkeiten im venezolanischen Orinoco-Becken durch PDVSA, Petrobras und ENARSA, der Bau einer Raffinerie im brasilianischen Bundesstaat Pernambuco (PDVSA und Petrobras) sowie die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen in Argentinien (PDVSA und ENARSA).⁴⁷

Ergänzend treibt Venezuela zahlreiche bilaterale Kooperationen voran. In Argentinien stand PDVSA bereits bei der Gründung von ENARSA beratend zur Seite. Mit ENARSA unternimmt PDVSA nicht nur Explorationsarbeiten, sondern engagiert sich auch beim Aufbau eines Tankstellennetzes der Marke ENARSA/PDV, das 600 Filialen in Argentinien umfassen soll.⁴⁸ An den Rio de la Plata liefert Venezuela sein Öl ebenfalls zu präferenziellen Konditionen und kauft im Gegenzug argentinisches

sches Rindfleisch und Landmaschinen. Ferner beauftragte Venezuela die argentinische Werft Río Santiago mit dem Bau von vier Öltankern.⁴⁹

Mit Brasilien schloss Venezuela im Februar 2005 eine „strategische Allianz“, die diverse Vorhaben im Energie-, Öl- und Gassektor projektiert. Neben der gemeinsamen Raffinerie in Pernambuco gehören hierzu Ethanol- und Biodiesel-Projekte.⁵⁰ Und auch Uruguay kommt in den Genuss venezolanischer Öllieferungen zu Vorzugskonditionen: Kreditfinanzierung eines Teils der Ölrechnung sowie die Möglichkeit, die Schulden durch Fleisch- und andere Lebensmittelexporte zu begleichen.⁵¹

4.3.5. Petroandina

Den Ländern der Andengemeinschaft (Kolumbien, Ekuador, Peru, Bolivien) bot Venezuela engere Zusammenarbeit im Rahmen der Petroandina-Initiative an. Bei einem Treffen in Lima im Juli 2005 verabschiedeten die Teilnehmer die „Acta Presidencial de Lima“. Darin bekundeten die CAN-Staaten zwar ihr Interesse an vertiefter energetischer Integration, überließen es aber den einzelnen Mitgliedern, den Petroandina-Vorschlag mit Leben zu füllen.

Ekuador nahm als erstes Land das Angebot an und verhandelt seither über die Raffination ekuadorianischen Öls in Venezuela. Der seinerzeitige Wirtschaftsminister und heutige Präsident Ekuadors, Rafael Correa, bezeichnete dies als „ein

⁴⁶ John Saxe-Fernández, 'México – Estados Unidos: seguridad y colonialidad energética', in: Nueva Sociedad, Nr. 204, 2006, S. 186-199.

⁴⁷ 'Acuerdo ministerial conjunto define bases y proyectos iniciales de PETROSUR', Ministerio de Comunicación e Información, Pressemitteilung, Caracas, 10. Mai 2005.

⁴⁸ 'Venezuela y Argentina llenaron el primer tanque de gasolina ENARSA/PDV en Bs.As.', PDVSA Pressemitteilung, 1.2.2005.

⁴⁹ Miguel Lozano, 'Petrosur abre camino a integración sudamericana', Prensa Latina, 15.8.2005.

⁵⁰ 'Comunicado conjunto sobre Alianza Estratégica Venezuela-Brasil', Caracas, 14. Februar 2005.

⁵¹ Miguel Lozano, FN 49.

gutes Geschäft“, denn das Land senke damit seine Kosten für Treibstoffimporte. Trotz eigener Ölvorkommen ist Ecuador mangels Raffineriekapazitäten auf die Treibstoffeinfuhr angewiesen.⁵²

Am engsten ist die Liaison jedoch mit Bolivien, wo Petroandina mittlerweile als Gemeinschaftsunternehmen von PDVSA mit dem bolivianischen Staatsbetrieb YPFB gegründet wurde. Nachdem Evo Morales am 1. Mai 2006 die Nationalisierung der bolivianischen Öl- und Gasindustrie verkündete, unterzeichneten Venezuela und Bolivien nur wenige Wochen später eine Reihe von Kooperationsabkommen. Dazu gehören gemeinsame Explorationsprojekte von YPFB und PDVSA, der Bau zweier Anlagen zur Weiterverarbeitung von Gas und nicht zuletzt die Gründung von Petroandina. An diesem Unternehmen hält YPFB einen Anteil von 51%, PDVSA von 49%. Ein erstes Vorhaben ist die Errichtung eines Tankstellennetzes in Bolivien.⁵³

4.4. Gran Gasoducto del Sur: umstrittenes Megaprojekt

Das ambitionierteste, aber auch umstrittenste Energieprojekt, das Venezuela im Rahmen ALBAs propagiert, ist jedoch der Bau der Mega-Gaspipeline „Gran Gasoducto del Sur“. Diese würde vom venezolanischen Puerto Ordaz via Brasilien bis nach Argentinien führen und dabei ökolo-

gisch sensitive Gebiete wie Gran Sabana oder Amazonien durchqueren. Im Dezember 2005 einigten sich die Energieminister Argentiniens, Brasiliens und Venezuelas, die Machbarkeit dieser weltweit längsten Gaspipeline zu prüfen. Zu diesem Zweck wurden mehrere trilaterale Arbeitsgruppen eingesetzt.

Nach Schätzungen würde die Röhre 8.000 bis 10.000 Kilometer lang sein, eine Bauzeit von 7 Jahren beanspruchen und 20 bis 25 Milliarden Dollar verschlingen. Betreiber wären PDVSA (Venezuela), Petrobras (Brasilien) und ENARSA (Argentinien). Nach der bolivianischen Nationalisierung im Mai 2006 wurde auch Bolivien offiziell eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.⁵⁴

Präsident Chávez bezeichnete die Pipeline als „Lokomotive eines neuen Integrationsprozesses, dessen Ziel die Beseitigung von Armut und Ausschluss“ sei.⁵⁵ Als Vorbild nannte er den europäischen Einigungsprozess: „So wie die Europäische Union mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann, planen wir die Gaspipeline für Südamerika. Dabei nutzen wir die großen Gasreserven Venezuelas.“⁵⁶

Tatsächlich verfügt das Land über zwei Drittel der Erdgasvorkommen Südamerikas, gefolgt von Bolivien mit den zweitgrößten Reserven.

Energieminister Rafael Ramírez betonte die zentrale Bedeutung, die Venezuela

⁵² Humberto Márquez, FN 45.

⁵³ 'Venezuela y Bolivia firmaron acuerdos en materia energética', Ministerio de Energía y Petróleo, Gobierno Bolivariano de Venezuela, Pressemitteilung, 26. Mai 2006.

⁵⁴ Declaración de Puerto Iguazú, 4. Mai 2006.

⁵⁵ Zitiert in: Raúl Zibechi, 'Integración regional: punto de inflexión', ALAI AMLATINA, Montevideo, 28.4.2006.

⁵⁶ Zitiert in: Karina Jiménez Tolentino, 'Gasoducto en la Picota', Tiempos del Mundo, 22.6.2006. Chávez bezieht sich auf die 1952 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt.

dem Gasoducto del Sur beimit: „Wir glauben, dass die Pipeline zwischen Puerto Ordaz und Buenos Aires das wichtigste Integrationsvorhaben sein wird, das auf unserem Kontinent entwickelt wurde.“⁵⁷

4.4.1. Zweifel an der Machbarkeit

Allerdings bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Machbarkeit und Sinnhaftigkeit dieses Großvorhabens. So wird bezweifelt, dass Venezuelas Erdgasmen-gen für ein Projekt dieser Dimension überhaupt ausreichen. Zwar besitzt das Land große Vorkommen, diese sind jedoch zu 90% an Erdölfelder gebundenes Begleitgas. Rund die Hälfte dieses assoziierten Erdgases wird zum Druckerhalt bei der Erdölförderung in die Lagerstätten reinjiziert, ein anderer Teil wird ungenutzt abge-fackelt. Zur Zeit verbraucht Venezuela seine Eigenförderung selbst. Zudem ist das Land durch seine OPEC-Mitgliedschaft an Ölförderquoten gebunden und kann seine Erdgasförderung nicht beliebig erweitern.

Die für die Gaspipeline geplante Durchflussmenge ist doppelt so hoch wie die derzeitige venezolanische Produktion. Zudem hat das Land erst vor wenigen Jahren mit der Exploration von nichtasso-ziiertem Erdgas begonnen. In ihrer Analyse des Projekts kommt die deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe daher zu folgendem Ergebnis: „Die bisher hier nachgewiesenen nichtas-soziierten Gasreserven könnten theore-

tisch diese Pipeline lediglich einige Jahre mit Erdgas versorgen.“ Es bedürfe noch „erheblicher Explorations- und Entwick-lungsanstrengungen, um eine längerfristi-ge Erdgasproduktion auf hohem Niveau zu ermöglichen.“⁵⁸

4.4.2. Bolivien als Verlierer

Zahlreiche Bedenken bestehen auch hin-sichtlich der Wirtschaftlichkeit des Pro-jekts. So wird vermutet, dass aufgrund der geplanten hohen Kapazität das Gasange-bot in Südamerika die Nachfrage überstei-gen werde. Die großen Gasverbraucher Brasilien und Argentinien könnten nach wie vor auf eigene Vorkommen und auf Importe aus Bolivien zurückgreifen. Über zwei bestehende Röhren liefert Bolivien bereits Erdgas nach Brasilien und Argenti-nien.

Daher kamen Spekulationen auf, Brasilien sei besonders an der neuen Pipeline in-teressiert, um Bolivien in den aktuellen Verhandlungen um den Gasexportpreis unter Druck zu setzen.⁵⁹ Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind seit der bolivianischen Nationalisierung gespannt. Als größter ausländischer Investor in Boli-vien ist die brasilianische Petrobras von dieser Maßnahme in besonderer Weise betroffen.⁶⁰

Während die Regierung von Evo Morales sich mit Argentinien bereits Mitte 2006 auf

⁵⁷ 'Bautizado 'Gran Gasoducto del Sur'', PDVSA Pressemitteilung, 20.1.2006.

⁵⁸ Hans Georg Barbies/Hilmar Rempel, 'Erdgas in Südamerika', Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Commodity Top News, Nr. 25, Han-nover, 9.3.2006, S. 5.

⁵⁹ Gerardo Honty, 'Interconexión energética sin integración política', Revista del Sur, Nr. 165, Mai/Juni 2006.

⁶⁰ Ausführlicher: Thomas Fritz, FN 35.

einen höheren Gasexportpreis einigte, dauern die konfliktreichen Verhandlungen mit Brasilien an. Die Hälfte des brasilianischen Erdgasverbrauchs stammt aus Bolivien. Venezolanisches Gas könnte die Abhängigkeit des Landes von Bolivien mindern. Bolivien aber stünde als klarer Verlierer dar. Venezuelas Politik erscheint insofern ambivalent: Einerseits unterstützt sie aktiv den bolivianischen Nationalisierungskurs, andererseits würde Venezuela mit der Megapipeline zum Konkurrenten Boliviens auf den Absatzmärkten Argentiniens und Brasiliens.

Allerdings sind die Stellungnahmen von brasilianischer Seite bisher widersprüchlich. Während der Petrobras-Direktor für Gas und Energie, Ildo Sauer, jährliche Kosteneinsparungen von 11 Milliarden Dollar durch den Kauf venezolanischen Erdgases prognostizierte, warnte Petrobras-Präsident Sergio Gabrielli vor dem Projekt. Aufgrund der zahlreichen ökonomischen, ökologischen und technischen Probleme könnten sich Baubeginn und Fertigstellung erheblich verzögern. Dadurch würden auch die Kosten „wesentlich höher“ ausfallen als die projektierten 20 bis 25 Milliarden Dollar, was sich wiederum auf den Erdgaspreis niederschläge.⁶¹ Präsident Lula jedoch bekräftigte, dass der Pipeline-Bau für Brasilien Priorität habe.⁶²

4.4.3. Unklare Finanzierung

Die größten Bedenken über die Wirtschaftlichkeit knüpfen sich jedoch an die

enorme Länge der Röhre. Erdgas wird bisher bis maximal 5.000 Kilometer per Pipeline transportiert, bei höheren Entfernungen gilt der Transport als unwirtschaftlich.

Bereits ab einer Länge von 3.000 Kilometern ist die Verflüssigung des Erdgases (liquid natural gas – LNG) und seine Verschiffung günstiger. So könnten an der venezolanischen Karibikküste LNG-Terminals gebaut werden, um das verflüssigte Gas anschließend per Spezialtanker nach Brasilien oder Argentinien zu verschiffen und dort in Regasifizierungsanlagen zurückzuverwandeln. Derartige Anlagen waren auch schon im Gespräch.⁶³

Der ehemalige bolivianische Energieminister Guillermo Torres Orías rechnete vor, dass die LNG-Alternative möglicherweise nur halb so teuer wäre wie die Pipeline: 3 Milliarden Dollar für die Verflüssigungsanlage, 5 bis 6 Milliarden Dollar für die Frachtflotte und eine Milliarde Dollar für die Regasifizierungsanlagen. „Die gesamte Investition in die Versorgungskette mit Flüssiggas beläuft sich auf 9 bis 10 Milliarden Dollar, die Hälfte der für die Gaspipeline erforderlichen Kosten.“⁶⁴

Angesichts dieser Ungereimtheiten ist kaum verwunderlich, dass die Finanzierung des Großprojekts bisher unklar blieb. Die Mobilisierung privater Mittel wird aufgrund der Risiken als wenig aussichtsreich angesehen, sodass staatliche Gelder fließen müssten. Petrobras forderte bereits, Venezuela solle die Hälfte der Baukosten übernehmen. Über Venezuela wird berichtet, es habe bereits 10 Milliarden Dollar für die Pipeline reserviert.

⁶¹ 'Petrobras cree que el gran Gasoducto del Sur es un proyecto difícil y más caro de lo previsto', Clarín, 30.3.2006.

⁶² 'Las dudas de la integración energética', *Americaeconomica.com*, 17. Februar 2006.

⁶³ Siehe Barbies/Rempel, FN 58.

⁶⁴ Zitiert in: Gerardo Honty, FN 59.

Zugleich lud Petrobras das russische Staatsunternehmen Gazprom ein, sich an dem Projekt zu beteiligen. Gazprom zeigte sich an einem Einstieg interessiert.⁶⁵

Auch wenn die Finanzierung bisher offen ist und private Mittel nur schwer mobilisierbar erscheinen, ist also nicht auszuschließen, dass dieses Projekt möglicherweise durch öffentliche Mittel auf den Weg gebracht wird.

4.4.4. Proteste von Nichtregierungsorganisationen

Diese Aussicht löste wiederum Proteste von Nichtregierungsorganisationen aus. Umweltschützer fürchten enorme Schäden in ökologisch sensiblen Regionen wie Gran Sabana in Venezuela oder den Regenwäldern des Amazonasgebiets: Abholungen für den Bau der Trasse, damit verbundene Bodenerosion, die Vertreibung von über 40 indigenen Gemeinschaften, Kontaminationen durch die stets auftretenden Lecks sowie den Verlust an Flora und Fauna in Zentren der biologischen Vielfalt.

In einem offenen Brief an die Präsidenten Argentiniens, Brasiliens und Venezuelas forderten Nichtregierungsorganisationen die sofortige Einstellung des Vorhabens, das sie als „Schritt zur endgültigen Zerstörung Amazoniens, des venezolanischen Guayana und verschiedener Ökosysteme der Karibik- und Atlantikküste“ betrachten. Sie kritisieren, dass dieses „pharaonische Projekt“ ohne vorherige öffentliche Konsultationen oder Folgeabschätzungen offiziell verkündet wurde.

⁶⁵ FN 62.

Weiter heißt es: „Wir teilen nicht die Vorstellung von Integration, die mit der Entwicklung des Gasoducto del Sur angestrebt wird (...). Diese sogenannte Integration bringt den Völkern des Südens weder Einheit noch Wohlstand, denn sie basiert auf der Überausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Zerstörung der biologischen Vielfalt dieser außergewöhnlichen Region.“⁶⁶

Der brasilianische Umweltschützer Roberto Smeraldi bezeichnete das Vorhaben als „Wahnsinn“. Die Schäden im Amazonas wären enorm. Würden allein die Umweltgesetze Brasiliens eingehalten, müsste die Pipeline seiner Ansicht nach wenigstens 50 Milliarden Dollar Kosten, und damit das Doppelte der bisher veranschlagten Summe.⁶⁷

Die venezolanische Gruppe „Red Alerta Petrolera“ fordert die Einstellung der Planungen, „solange in der Region keine informierte und demokratische Debatte über die Schattenseiten des Projekts stattgefunden hat.“ Es sei fragwürdig, einerseits eine kontinentale Diskussion über ALCA zu führen, andererseits aber ein derart bedeutendes Thema wie die Gaspipeline zu ignorieren. Eine verantwortungsvolle regionale Integration müsse sich auf erneuerbare Energien stützen, nicht auf den konventionellen „Petro- und Gas-Desarrollismo“.⁶⁸

⁶⁶ ‘Rechazo a la construcción del Gasoducto del Sur’, Adital, 3.4.2006.

⁶⁷ Miguel Sánchez, ‘La Amazonia Está en Peligro, Denuncian’, Tiempos del Mundo, 22.6.2006.

⁶⁸ ‘El proyecto del gigante gasoducto Transamazónico: Se acrecienta el salto al abismo’, Red Alerta Petrolera, Caracas, 24. Januar 2006.

4.5. Energie: ein geeignetes Integrationsvehikel?

Die Initiativen zur energetischen Integration verdeutlichen sowohl Fortschritte als auch Widersprüche des ALBA-Projekts. Einerseits beinhalten sie innovative soziale und solidarische Elemente, andererseits bleiben sie einer konventionellen Integrationspraxis verhaftet, die auf den Ausbau zentralisierter Infrastrukturen für fossile Energien setzt. Auch werden sie bisher nicht einer öffentlichen Debatte unterworfen.

4.5.1. Ausstrahlung des Nationalisierungskurses

Durchaus konsequent verfolgen die ALBA-Energieprojekte das Ziel, nach der Privatisierungswelle der 1990er Jahre die Kontrolle über die gesamte energetische Wertschöpfungskette zurückzugewinnen. Und dies nicht ohne Erfolg.

In mehreren Ländern Südamerikas übernimmt der Staat langsam wieder eine aktivere Rolle im Petrosektor, macht sich an die Neugründung staatlicher Unternehmen, erhöht die Abgaben für private Konzerne und reinvestiert diese nicht nur in die Öl- und Gasförderung, sondern auch in öffentliche Infrastrukturen und Sozialprojekte. Beispiele hierfür bieten neben Venezuela vor allem Bolivien, Argentinien und Ecuador. ALBAs energiepolitische Säule Petroamérica unterstützt damit durchaus erfolgreich eine Trendumkehr – weg von der privaten, hin zur staatlichen Verfügung über die natürlichen Ressourcen.

Die Kooperationen sind dabei keineswegs beliebig, sondern an klare Konditionen geknüpft. Sie verlangen die Zusammenarbeit staatlicher Energieunternehmen. Wo diese nicht existieren, unterstützt Venezuela deren Aufbau, wie es etwa explizit im Petrocaribe-Vertrag vereinbart wurde. Damit stellt sich das Land auf einen langfristigeren Transformationsprozess ein.

Es ist daher nicht auszuschließen, dass im Laufe der Zeit auch Länder von dieser Trendumkehr erfasst werden, die bisher noch der neoliberalen Marschroute folgen, so die Mehrheit der zentralamerikanischen Staaten, Mexiko, Kolumbien, Peru oder Chile. Eine stärkere Ausstrahlung der venezolanischen und bolivianischen Renationalisierungen auf die Linksregierungen Uruguays, Argentiniens, Brasiliens oder Ekuadors ist ebenfalls möglich.

Der argentinische Ökonom Claudio Katz etwa macht auf die Beispielfunktion der bolivianischen Nationalisierung aufmerksam: „Die Entscheidung auf dem Altiplano widerlegt sämtliche Argumente über die Unmöglichkeit, den großen transnationalen Konzernen von der Peripherie aus Paroli zu bieten. Wenn ein derart armes und ausgeplündertes Land wie Bolivien diese Maßnahme durchführen kann, was hindert dann die großen Nationen Südamerikas daran, die effektive Verfügung über Öl und Gas zurückzugewinnen?“ Katz verweist ferner auf die Neuartigkeit des aktuellen Kontextes. Anders als in früheren Jahren haben nationale Ereignisse eine starke regionale Auswirkung: „Die Diskussion hat sich regionalisiert. Die Nationalisierung in einem Land liefert Argumente für ihre Ausdehnung auf die übrigen Länder.“⁶⁹

⁶⁹ Claudio Katz, FN 2.

Zugleich verfügen die ALBA-Energieprojekte über wichtige solidarische Momente. Hierzu zählen vor allem die günstigen Kreditkonditionen und die Möglichkeiten, Teile der Rechnungen über Güter- und Dienstleistungsexporte zu begleichen. Sie verhelfen den Begünstigten zu effektiven Kosteneinsparungen. Dies ist gerade angesichts der volatilen und tendenziell steigenden Ölpreise nicht zu unterschätzen. Die Petrocaribe-Verträge dämpfen die Effekte der wiederkehrenden Preissprünge, die zur Verschuldung vieler Ölimporteure in der Dritten Welt beitragen. Derartige Initiativen wären gewiss auch in anderen Entwicklungsregionen höchst willkommen.

Schließlich können ALBA-Initiativen auch einen direkten verteilungspolitischen Effekt haben. Die durch Ausschaltung privater Zwischenhändler eingesparten Mittel fließen zum Teil in Entwicklungsfonds, wie sie im Rahmen von Petrocaribe und des ALBA-TCP-Vertrags eingerichtet wurden.

4.5.2. Wachsender Einfluss Venezuelas

Trotz ihrer sozialen und solidarischen Momente bergen die Energieprojekte aber auch Widersprüche. So gewinnt Venezuela über die präferenziellen Öllieferungen mitsamt konzessionärer Kreditvergabe selbstverständlich politischen Einfluss auf die Kooperationspartner. Dieser ist umso höher, je ungleicher die Beziehungen sind. Gerade das Petrocaribe-Abkommen vereinigt überaus ungleiche Partner, was Größe und Wirtschaftskraft anbelangt. Auch dienen die übrigen Energieprojekte zweifellos dem Aufbau eines festen Kundenstamms in Lateinamerika,

und damit der Diversifizierung der venezolanischen Ölabnehmer. Noch fließen knapp 60% der venezolanischen Ölexporte in die USA – eine Abhängigkeit, die Venezuela beseitigen möchte. Für manche seiner Kunden führt diese Politik jedoch selbst zu wachsender Abhängigkeit. Die Dominikanische Republik importiert 65% des Öls aus Venezuela, Kuba 69% und Jamaika 76%.⁷⁰

Auch fürchten einzelne Exportländer die Konkurrenz, die von den Energieprojekten unter ALBA-Flagge ausgehen kann. Trinidad und Tobago sieht mit Sorge die venezolanische Expansion durch Petrocaribe. Bolivien könnte sich durch die Megapipeline venezolanischer Konkurrenz auf seinen Gasmärkten in Argentinien und Brasilien ausgesetzt sehen. Zugleich zeigt dieses Vorhaben aber auch, dass ALBA offensichtlich an der unseligen Praxis gigantischer Entwicklungsprojekte festhält.

4.5.3. Bruch mit den ALBA-Prinzipien

Die geplante Gaspipeline kann kaum mit den ALBA-Prinzipien in Einklang gebracht werden. Es ist nicht ersichtlich, welchen Beitrag dieses Projekt zur Armutsbekämpfung leisten soll. Die meisten Armen leben auf dem Lande. Viele von ihnen verfügen noch immer über keine sichere Energieversorgung. Ihnen ist mit dieser Pipeline nicht geholfen. Denn sie führt in die industriellen Zentren Brasiliens und Argentinien, in die Regionen um São Paulo und Buenos Aires.

Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Tragfähigkeit setzt die beteiligten Staaten

⁷⁰ Eduardo Mayobre, FN 32, S. 56.

überdies dem Risiko großer Verluste aus. Fehlkalkulierte, überdimensionierte Großprojekte haben schon in der Vergangenheit erheblich zur öffentlichen Verschuldung in Lateinamerika beigetragen. Umweltschäden großen Ausmaßes sind beim Bau und Betrieb der Pipeline ebenfalls unvermeidlich. Sie ist ein weiteres Beispiel für all die zentralisierten Infrastrukturen, die den Absatz fossiler Energie langfristig sicherstellen sollen – und damit eine Förderung erneuerbarer Energien sowie dezentraler Lösungen effektiv behindern.

Nicht zuletzt wird mit diesem Vorhaben auch die Frage nach dem Produktions- und Konsummodell auf undemokratische Weise beantwortet. Claudio Katz verweist auf die verschiedenen potenziellen Zwecke einer Pipeline: „Dasselbe Gas kann dazu dienen, die laufenden Kosten der Bevölkerung zu senken, öffentliche Unternehmen zu errichten oder den großen Kapitalgruppen billige Energie zu garantieren.“ Die Ziele werden mit der Entscheidung vorherbestimmt, „wer eine 8000 Kilometer lange Gaspipeline baut und finanziert“.⁷¹ Eine öffentliche Auseinandersetzung über diese Ziele wird hingegen vermieden.

Damit drückt sich im Gran Gasoducto del Sur eine konventionelle Integrationspraxis aus, die der Autor Gerardo Honty folgendermaßen beschreibt: „Motor der Integration bleibt die Förderung der Infrastruktur, um möglichst große Mengen an Energie zum günstigsten Preis zu liefern. Das aber treibt die externe Verschuldung der Länder in die Höhe, ohne die Sektoren der Gesellschaft zu erreichen, die auch heute

noch auf einen Zugang zur Energieversorgung warten.“⁷²

4.5.4. Defizit: Demokratisierung der Staatsbetriebe

Angesichts der hohen Bedeutung, die ALBA der energetischen Integration beimisst, wäre zu erwarten, dass gerade die Energieprojekte exemplarisch den anspruchsvollen ALBA-Prinzipien entsprechen. Dies ist aber nur teilweise der Fall. Für ein alternatives soziales und ökologisches Entwicklungsmodell genügt es offensichtlich nicht, die fossilen Energieträger zu nationalisieren und ihre Ausbeutung in die Hände staatlicher Unternehmen zu geben.

Zu Recht weist die Alianza Social Continental darauf hin, dass beim gegenwärtigen fossilen Energiemodell nicht nur multinationale Konzerne, „sondern auch Staatsbetriebe irreparable Schäden an der Umwelt und in den Gemeinden anrichten.“⁷³ Es bedürfte also einer Demokratisierung der Staatsunternehmen und der staatlichen Energiepolitiken, wenn diese zu einer alternativen Integration beitragen sollen. Wie jeder andere Sektor auch kann die Energieversorgung als Integrationsinstrument dienen. Die Frage ist nur, ob dieses Instrument demokratisch oder autoritär zum Einsatz kommt.

Gerade in demokratischer Hinsicht haben die ALBA-Energieinitiativen aber die größten Defizite. Es ist nicht akzeptabel, Mammutprojekte ohne irgendeine Form

⁷¹ Claudio Katz, 'Las disyuntivas del ALBA', especial para Argenpress.info, 2.4.2006.

⁷² Gerardo Honty, FN 59.

⁷³ Alianza Social Continental, 'Las organizaciones de la sociedad civil hacia la construcción de la Comunidad Sudamericana de Naciones', Santiago de Chile, 22.-23. November 2006.

öffentlicher Auseinandersetzung auf den Weg zu bringen. Die Initiatoren des Gran Gasoducto del Sur scheinen sich nicht bewusst zu sein, dass ihr Vorgehen ALBA per se diskreditieren kann. Wird die Pipeline auf die bisherige undemokratische Weise umgesetzt, wäre die Glaubwürdig-

keit der Bolivarianischen Alternative erheblich angekratzt. All die positiven Errungenschaften, die sozialen und solidarischen Elemente ALBAs, könnten in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund treten.

5. Fazit: Fortschritte und Widersprüche

Fortschritte und Widersprüche ALBAs lassen sich aber nicht nur am Beispiel der Energiepolitik, sondern auch anhand der übrigen Initiativen studieren, seien es die handelspolitischen Vereinbarungen, die finanzpolitischen Vorschläge oder die beabsichtigte Einbindung sozialer Bewegungen.

5.1. Zwischen Solidarität und Freihandel

Ganz im Gegensatz zu traditionellen Handelsabkommen berücksichtigt der ALBA-TCP-Vertrag die Asymmetrie zwischen den Partnern, ihr unterschiedliches Entwicklungsniveau. Bolivien etwa zieht erheblichen Nutzen aus dem Vertrag, wird jedoch nicht zu einer umfassenden Liberalisierung seiner Märkte gedrängt. Alle drei Parteien gewähren einander eine Sonderbehandlung. Der Schwerpunkt liegt auf Kooperationen zum gegenseitigen Vorteil. Die Investitionen im Gesundheits- und Bildungsbereich verdeutlichen den Armutsfokus dieses Vertrags. Ihr unmittelba-

rer Nutzen für große Teile der Bevölkerung ist unabweislich.

Zugleich aber verhandeln Bolivien und Venezuela im Rahmen ihrer CAN- respektive MERCOSUR-Mitgliedschaft mit der Europäischen Union über Assoziationsabkommen, die den Prinzipien von ALBA und TCP diametral zuwiderlaufen. So verlangt die EU nicht nur Zollsenkungen für prinzipiell sämtliche Produktgruppen, sondern auch die Liberalisierung von Dienstleistungen, Investitionen und Staatsaufträgen. Zwar präsentierte Bolivien in den angelaufenen Verhandlungen zwischen der Andengemeinschaft und der Europäischen Union einen umfassenden Kriterienkatalog, der die Berücksichtigung der Asymmetrie zwischen den Parteien einklagt. Dessen Erfüllung ist aber überaus unrealistisch.⁷⁴

Die bolivianischen Forderungen stehen im Gegensatz zu den zentralen wirtschaftspolitischen Interessen der Europäischen Union; sie sind überdies im Rahmen des Verhandlungsmandats der EU-Kommission praktisch unerfüllbar. Zudem verabschiedete die Kommission erst vor

⁷⁴ Vgl., Ronald Köpke, FN 10, S. 29ff.

wenigen Monaten eine neue handelspolitische Strategie, die noch wesentlich striktere Liberalisierungsanforderungen zugunsten europäischer Unternehmen vorsieht.⁷⁵

Auch der MERCOSUR-Beitritt Venezuelas und perspektivisch Boliviens wirft Fragen nach der Konsistenz des ALBA-Projekts auf. Weder entspricht diese Zollunion zentralen ALBA- oder TCP-Prinzipien, noch können die beiden Beitrittsländer der brasilianischen oder argentinischen Konkurrenz widerstehen. Eine Studie des Sozialforschungsinstituts ILDIS kommt zu dem Schluss, dass mit Ausnahme der Öl- und Stahlindustrie zahlreiche venezolanische Sektoren einer Zollsenkung im Rahmen des MERCOSUR nicht gewachsen wären. Dies gelte vor allem für die gesamte Nahrungsmittelproduktion. Insgesamt seien 1,9 Millionen Arbeitsplätze direkt oder indirekt durch den MERCOSUR-Beitritt in Gefahr.⁷⁶

Ebenso warnt das bolivianische Institut für Außenhandel IBCE vor den Folgen dieses Schritts. Werden die Gasexporte nach Argentinien und Brasilien ausgeklammert, weise Bolivien ein hohes Handelsdefizit mit dem MERCOSUR von 613 Millionen Dollar aus. Dieses Defizit sei besonders ausgeprägt bei Agrarprodukten. Das IBCE folgert, der MERCOSUR sei „eine reale Bedrohung“ im Agrar- und Industriesektor, „aufgrund der geografischen Nähe und der geringen Produktions- und Transportkosten“. Zudem gefährde Bolivien durch Übernahme der Zollbestimmungen des

MERCOSUR seine Mitgliedschaft in der Andengemeinschaft.⁷⁷

5.2. Zwischen Autonomie und Schuldendienst

Ähnliche Fragen an die Konsistenz ALBAs entstehen anhand der finanzpolitischen Vorschläge. So könnte die Gründung einer Banco del Sur die Kreditvergabe ohne Strukturanpassungsaufgaben nach dem Muster von Weltbank und IWF ermöglichen. Ob dies jedoch einen Fortschritt darstellt, hängt davon ab, in welche Art von Projekten die Südamerika-Bank letztlich investieren würde. Kämen etwa die beteiligten Regierungen überein, die von Venezuela forcierte Megapipeline als förderungswürdiges Integrationsvorhaben einzustufen, wäre der Fortschritt durch eine solche Bank zu bezweifeln.

Claudio Katz kritisiert daneben, dass Venezuelas Kauf der argentinischen Staatsanleihen letztlich die Bedienung der argentinischen Auslandsschulden beim Internationalen Währungsfonds ermöglichte. Würde die Banco del Sur nach diesem Muster den Schuldendienst gegenüber den Gläubigern im Norden aufrecht erhalten, sei auch dies kontraproduktiv. Denn die Ursachen der Verschuldung würden weiterhin nicht in Frage gestellt. „Dieses Schuldenrecycling steht außerdem im Widerspruch zur Perspektive einer gemeinsamen Front der Schuldner, die dem Devisenabfluss ein Ende setzt“, so Katz.⁷⁸

⁷⁵ Siehe: 'Global Europe Competing in the World', European Commission, External Trade, Brüssel 2006.

⁷⁶ Osvaldo Alonso, 'Incorporación al MERCOSUR: efectos potenciales sobre la fuerza de trabajo en Venezuela', Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (Ildis), Caracas, Oktober 2005.

⁷⁷ 'IBCE desaconseja ingreso pleno de Bolivia al MERCOSUR', Instituto Boliviano de Comercio Exterior (IBCE), 19.12.2006.

⁷⁸ Claudio Katz, FN 71.

5.3. Die demokratische Herausforderung

Als größte Herausforderung erscheint jedoch die gesellschaftliche Partizipation. Zwar präsentiert sich ALBA als offen für Vorschläge sozialer Bewegungen, die relevanten Entscheidungen wurden bisher jedoch von Regierungsseite getroffen. Der ALBA-TCP-Vertrag kam ohne erkennbare zivilgesellschaftliche Partizipation zustande. Energieprojekte wie die Gaspipeline werden ohne öffentliche Beteiligung vorangetrieben. Werden Vorschläge sozialer Bewegungen aufgegriffen, wie im Fall der regionalen Vernetzung besetzter Betriebe, bergen diese kein größeres Konfliktpotenzial. ALBA berücksichtigt daher noch zu wenig die Pluralität der Zivilgesellschaft. Auch über die alternativen Modelle der Integration existieren durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Durch eine größere Offenheit gegenüber der mit neuem Leben erfüllten Integrationsdebatte würde die Bolivarianische Alternative nur gewinnen.

Soziale Bewegungen wiederum können gerade durch die selbstbewusste Entwicklung eigener Integrationsalternativen den größten Einfluss auf ALBA und die übrigen regionalen Blöcke ausüben. Die Widersprüche ALBAs bestätigen die Mahnung von Alberto Arroyo, dass es nicht darum gehen kann „zwischen den Vorschlägen der fortschrittlichen Regierungen des Mercosur, Venezuelas oder Boliviens zu wählen“.⁷⁹ Vielmehr bedarf es der Entwicklung eigener Modelle, um auf dieser Grundlage die Regierungsinitiativen herausfordern oder gegebenenfalls unterstützen zu können. Für diese Diskussion hat

ALBA allerdings einen wichtigen Beitrag geleistet. Trotz aller Widersprüche beweist die Bolivarianische Alternative für die Amerikas, dass die Handlungsspielräume für eine soziale und solidarische Integration weit größer sind als viele Regierungen behaupten.

⁷⁹ Alberto Arroyo, FN 8.

6. Literatur

- Alianza Social Continental, 2006a: Las organizaciones de la sociedad civil hacia la construcción de la Comunidad Sudamericana de Naciones. Santiago de Chile, 22.-23. November 2006.
- 2006b: Algunos Puntos para el Debate sobre Integración Regional. Documento de Trabajo, 10. August 2006.
- Alonso, Osvaldo, 2005: Incorporación al MERCOSUR: efectos potenciales sobre la fuerza de trabajo en Venezuela. Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (ildis), Caracas, Oktober 2005.
- Arroyo, Alberto, 2006: Reflexiones ante la Cumbre de Cochabamba. In: America Latina en movimiento, Nummer 414-415, Jg. 30, 4. Dezember 2006, Integración: Nuevas rutas, S. 22-24.
- Azzi, Diego/Harris, David, 2006: ALBA – Venezuela's answer to 'free trade': the Bolivarian alternative for the Americas. Alianza Social Continental/Focus on the Global South (Hg.), São Paulo/Bangkok, Oktober 2006.
- Badenes, Daniel, 2005: Chávez propone formar una red de empresas recuperadas del Sur. Argenpress.info, 28.10.2005.
- Bank Information Center/Coalición Rios Vivos/Núcleo Amigos de la Tierra-Brasil, 2004: Otra Integración es Posible y Está en Marcha: La Iniciativa de los Gobiernos y las Instituciones Financieras Internacionales para la Integración de la Infraestructura Regional de Sudamérica (IIRSA). Una Crítica Preliminar por la Perspectiva de la Sociedad Civil, Juni 2004.
- Barbies, Hans Georg/Rempel, Hilmar, 2006: Erdgas in Südamerika. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Commodity Top News, Nr. 25, Hannover, 9.3.2006.
- Congreso Bolivariano de los Pueblos, 2005: Construyendo el ALBA desde los pueblos. Una propuesta de unidad para los pueblos de Nuestra América. Secretaría de Organización, 2005.
- European Commission, 2006: Global Europe Competing in the World. External Trade, Brüssel 2006.
- FOBOMADE, 2006: Soya boliviana, mercado colombiano, transgenicos y TLC, Foro Boliviano Sobre Medioambiente Y Desarrollo, 24.3.2006.
- Fritz, Thomas, 2006: Die Plünderung ist vorbei. Boliviens Nationalisierung der Öl- und Gasindustrie. FDCL, Berlin, September 2006.
- 2005: Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer. Heinrich-Böll-Stiftung/Germanwatch, Global Issue Paper, Nr. 18, Berlin, Juli 2005.
- 2004: Feindliche Übernahme. Die geplante Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. BLUE 21 Arbeitspapier, Berlin, 9. Oktober 2004.
- Honty, Gerardo, 2006: Interconexión energética sin integración política', Revista del Sur, Nr. 165, Mai/Juni 2006.
- IBCE, 2006: IBCE desaconseja ingreso pleno de Bolivia al MERCOSUR. Instituto Boliviano de Comercio Exterior, 19.12.2006.
- Jiménez Tolentino, Karina, 2006: Gasoducto en la Picota. Tiempos del Mundo, 22.6.2006.

- Katz, Claudio, 2006a: El torbellino de la integración, 25. Juli 2006, www.cadtm.org
- 2006b: Las disyuntivas del ALBA. Especial para Argenpress.info, 2.4.2006.
- Köpke, Ronald, 2007: Implikationen der Handelsvereinbarungen der EU mit Zentralamerika und den Andenländern. FDCL, Berlin, Dezember 2006.
- Lander, Edgardo, 2004: ¿Modelos alternativos de integración? Proyectos neoliberales y resistencias populares'. In: OSAL, Jg. V, Nummer 15, September/Okttober 2004, S. 45-56.
- Lora, Miguel, 2004: Petroamérica, la estrategia sudamericana para recuperar su soberanía energética. Rebelión, 8. Juni 2004.
- Lozano, Miguel, 2005: Petrosur abre camino a integración sudamericana. Prensa Latina, 15.8.2005.
- Márquez, Humberto, 2005: Chávez trae petróleo y misiones sociales. Inter Press Service (IPS), 22. Juli 2005.
- Mayobre, Eduardo, 2005: La propuesta Petroamérica y la Integración Energética de América Latina y El Caribe. Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (il-dis), November 2005.
- Movimiento Boliviano por la Soberanía y la Integración solidaria de los pueblos, 2006: TCP: la propuesta boliviana para un comercio justo entre los pueblos, 13. April 2006.
- Piskur, Michael, 2006: Venezuela Moves to Nationalize its Oil Industry. Power and Interest News Report (PINR), 19. Mai 2006.
- Red Alerta Petrolera, 2006: El proyecto del gigante gasoducto Trans-amazónico: Se acrecienta el salto al abismo. Caracas, 24. Januar 2006.
- Russau, Christian, 2004: Durchsetzung internationaler Handelsregime zwischen Europäischer Union (EU) und dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur). FDCL, EU-Mercosur-Bulletin Nr. 1, Berlin, Januar 2004.
- Sánchez, Miguel, 2006: La Amazonia Está en Peligro, Denuncian. Tiempos del Mundo, 22.6.2006.
- Saxe-Fernández, John, 2006: México – Estados Unidos: seguridad y colonialidad energética. In: Nueva Sociedad, Nr. 204, 2006, S. 186-199.
- Valencia, Judith, 2006: ¡Comunidad suramericana no puede ser un camino al ALCA! In: America Latina en movimiento, Nummer 414-415, Jg. 30, 4. Dezember 2006, Integración: Nuevas rutas, S. 5-7.
- 2005: El Alba elabora filosófica. Aspectos Filosóficos y Constitucionales del Alba. Primer encuentro por la Consolidación de un Nuevo Estado de Derecho y de Justicia Social en el Marco de la Alternativa Bolivariana para la América (ALBA), Barquisimeto, September 2005.
- Valente, Marcela, 2004: El estado se repliega dentro del mercado. Inter Press Service (IPS), Buenos Aires, 25. Oktober 2004.
- Zibechi, Raúl, 2006: Integración regional: punto de inflexión. ALAI AMLATINA, Montevideo, 28.4.2006.

7. Anhang

Vertrag zur energetischen Kooperation PETROCARIBE vom 29. Juni 2005			
<u>Unterzeichner:</u> Antigua y Barbuda, Bahamas, Belice, Cuba, Dominica, Grenada, Guyana, Jamaica, República Dominicana, San Cristóbal y Nieves, Santa Lucía, San Vicente y las Granadinas, Surinam, Venezuela			
<u>Kurzfristige Finanzierung:</u> Zahlung innerhalb von 90 Tagen, nach 30 Tagen 2% Zins			
Langfristige Finanzierung			
Ölpreis in Dollar pro Barrel	Kreditfinanzierbarer Anteil, in %	Laufzeit der Kredite (zzgl. 2 tilgungsfreie Jahre)	Zinssatz, in %
>= 15	5	15	2
>= 20	10	15	2
>= 22	15	15	2
>= 24	20	15	2
>= 30	25	15	2
>= 40	30	23	1
>= 50	40	23	1
>= 100	50	23	1

Über den Autor

Thomas Fritz: Gutachter und Publizist, freier Mitarbeiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) und Vorstandsmitglied der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21).

Kontakt: Thomas.Fritz@blue21.de

ISBN 13: 978-3-923020-34-8





ISBN 10: 3-923020-34-1

This publication was made possible through the financial support of the European Community. The opinions expressed therein represent the opinion of the author and do not represent the official opinion of the European Community.

This publication was elaborated within the framework of the cooperation-project "Handel-Entwicklung-Menschenrechte" of the Heinrich Böll Foundation (hbs), the Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), and the Transnational Institute (TNI). More information at:

<http://www.handel-entwicklung-menschenrechte.org>



 FDCL, Berlin: www.fdcl-berlin.de	 FUNDAÇÃO HEINRICH BÖLL Fundação Heinrich Böll, Rio de Janeiro: www.boell-latinoamerica.org/pt/nav/35.htm
 HEINRICH BÖLL STIFTUNG Heinrich Böll Stiftung, Referat Lateinamerika, Berlin: www.boell.de	 TRANSNATIONAL INSTITUTE ALTERNATIVE REGIONALISMS TNI - Transnational Institute, Amsterdam: www.tni.org